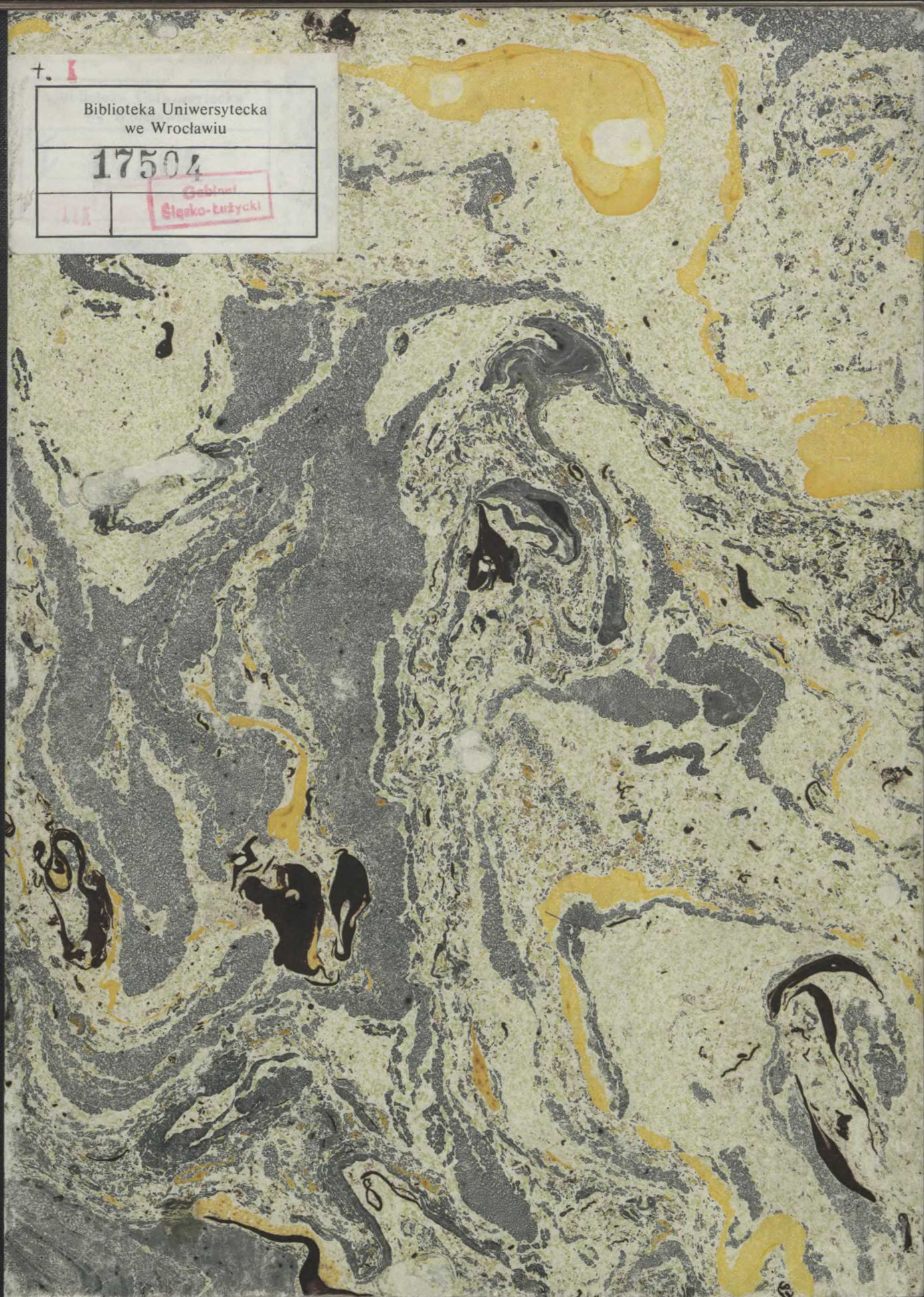


+. 1

Biblioteka Uniwersytecka
we Wrocławiu

17504

Gabinet
Śląsko-łużycki



BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA
WE WROCŁAWIU

17504 III

17504

Gabinets
Stahle-Letzold

SIEDLUNG UND STADTPLANUNG IN SCHLESSEN

HEFT 1 · BRESLAU

17504

Gabinet
Śląsko-Lużycki

SIEDLUNG UND STADTPLANUNG IN SCHLESIEN

I

B R E S L A U

1. STADTPLANUNG 2. WOHNUNG UND SIEDLUNG

I

9

2

6

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT
DER HAUPTSTADT BRESLAU



17504

Gabinet
Śląsko-Lużycki

g. 21

14504 III



Stadtansicht von Hermann Schedel 1493

I. Stadtentwicklung und Planung

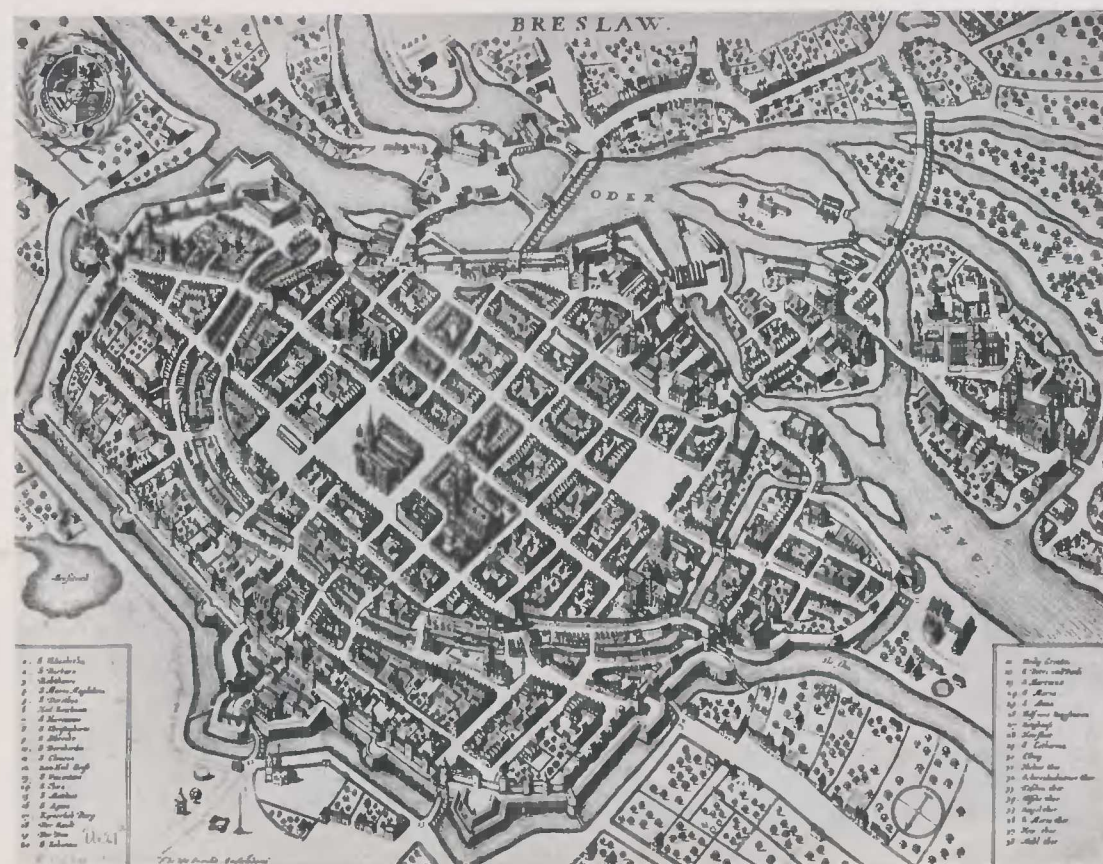
Der Ursprung der Bedeutung Breslaus liegt in den Vorzügen seiner geographischen Lage. An dem leicht zu verteidigenden und leicht zu überschreitenden Oderübergang vereinigten sich strahlenförmig wichtige Handelswege. Hier im Völkergrenzgebiet war ein günstiger Platz für nordsüdlichen und westöstlichen Warenaustausch.

Dazu kam, daß die im Westen und Süden von Breslau sich dehnende Kultursteppe mit ihrem fruchtbaren Lössboden die Ansiedelung begünstigte. Für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft waren die örtlichen Gegebenheiten gleich günstig.

Als deutsche Stadt rückt Breslau voll ins Licht der Geschichte seit ihrer Neugründung nach dem Mongolensturm im Jahre 1241. In weiser Voraussicht der künftigen Bedeutung des Platzes wurde damals die neue Stadt klar, weiträumig und gut befestigt nach dem bei allen Kolonistenstädten wiederkehrenden Schachbrettsystem angelegt. Sie umfaßte das von Stadtohle und Oder umschlossene Gebiet. Später wurde die Stadtbefestigung bis an die jetzigen Stadtgräben hinausgeschoben. Bis heute zeigt die Altstadt unverändert das mittelalterliche Straßengefüge. Bis in die Gegenwart hat sich der alte Organismus den Ansprüchen des Verkehrs und des Handels gewachsen gezeigt. Die Zuversicht der Gründer erwies sich als richtig. Breslau wurde die größte Handels- und Gewerbestadt des Ostens, eine der bedeutendsten jener mit Privilegien bedachten Stadtrepubliken im großen Reich deutscher Nation, die mit einem immer wieder staunenswerten Gesamtwillen im Dienste des Stadtganzen trotz aller inneren Kämpfe und äußeren Stürme so Großes an Umfang und Bedeutung geschaffen haben, wie es die mittelalterlichen und nachmittelalterlichen Baudenkmäler offenbaren.

Breslau zeigt die Spuren der geistig, politisch und wirtschaftlich bewegten Vergangenheit, wie sie Hauptstädten in den Grenzmarken eigentümlich sind. Norddeutsche Kultur trifft hier mit südostdeutscher zusammen, westliche und östliche Einflüsse sind zu spüren.

Die Einverleibung in Preußen brachte Stadt und Provinz zunächst einen wirtschaftlichen Rückschlag. Das Handelstor im Süden schloß sich. Schlesien wurde Annex ohne



Breslau im Jahre 1649 nach Merian

richtigen Durchstrom, Breslau Militär- und Beamtenstadt, eingezwängt in verstärkte Befestigungswerke, langsam in die Übervölkerung hineinwachsend. Um 1800 war die Behausungsziffer auf 22 gestiegen, bei durchschnittlich dreigeschossiger Bebauung und schmalen Hausfronten eine viel zu hohe Zahl. Wie heute wurden Speicherräume zu Wohnungen umgebaut.

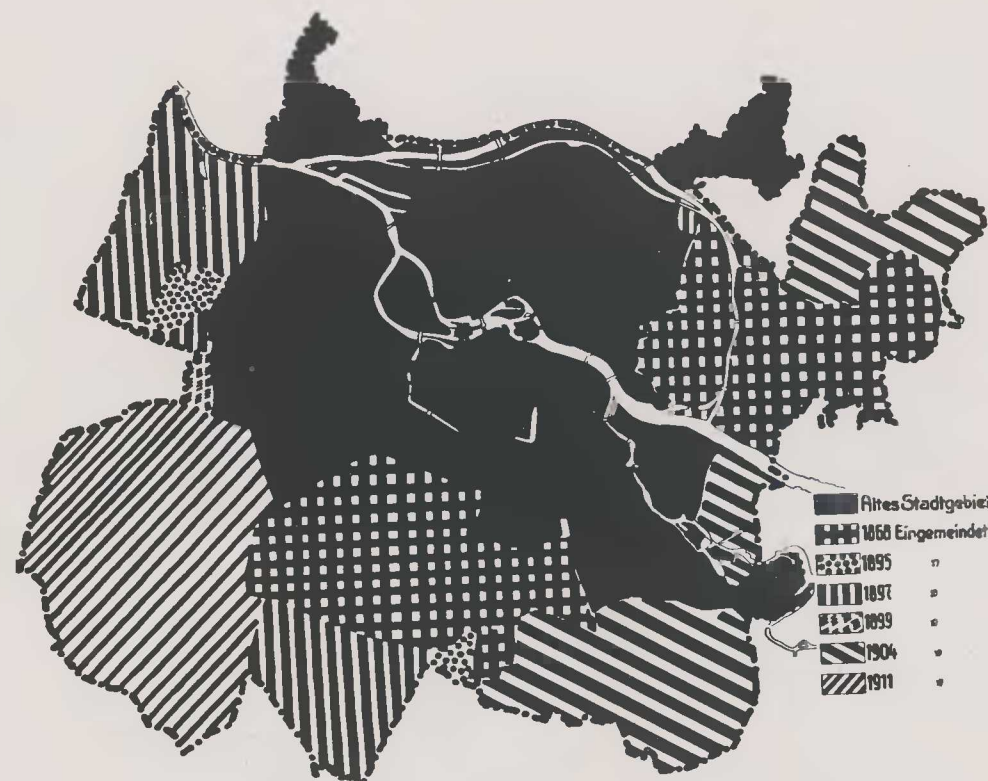
Der Jahrhundertanfang bringt Krieg, Belagerung, Verarmung, macht jedoch die Bahn zur Entwicklung frei. Im Jahre 1807 werden die Wälle niedergelegt, die Vorstädte eingemeindet. Die Stadt kann sich strecken. Damals fiel ihr ein Geschenk in den Schoß, dessen volle städtebauliche Auswirkung einen dauernden Segen für die kommenden Geschlechter bedeutet hätte. Der größte Teil des Festungsgeländes, ein Gürtel rings um die Stadt von über 600 Morgen Umfang, eine Fläche so groß wie die ganze Altstadt, wird der Stadt von der Regierung kostenlos überlassen. Damit war die Gelegenheit geboten, etwa nach dem Beispiel Bremens einen Parkgürtel von ungefähr 2—300 m Breite rings um die Stadt zu schaffen. Der große Augenblick traf ein kleines Geschlecht. Wie so oft wurde nach dem Gegenwartsnutzen entschieden. $\frac{5}{6}$ des wertvollen Bodenvorrats, etwa 450 Morgen, wurden zur Bebauung verkauft. Nur $\frac{1}{6}$ des Gebietes behielt die Stadt zur Anlage der Stadtgrabenpromenade zurück. Obschon achtunggebietende Platzanlagen wie der Tauentzienplatz und der Königsplatz damals entstanden, so war doch die eigentliche städtebauliche Großtat versäumt.



Plan mit Einzeichnung des der Stadt im Jahre 1807 geschenkten Festungsgeländes. Nach Kieseritzky

Die Neubebauung der ärmlichen Vorstädte setzt im Süden, Westen und Norden ein. In der Ohlauer Vorstadt, gut zur Stadt gelegen, bildet sich Industrie. Die Bevölkerungszahl überschreitet das erste Hunderttausend im Jahre 1842, als die erste Eisenbahn nach Ohlau und Oberschlesien gebaut wurde. Weitere Bahnlinien folgen. Die Eisenbahn wird förderndes und hemmendes Schicksal für die Stadt. Sie ermöglicht erst eigentliche Großstadtbildung ohne Selbstversorgung. Aber mangelnde Voraussicht schafft bei dem Bau der neuen Verkehrsanlagen zukünftige Hindernisse der Entwicklung. Der bis zur Stadtmitte vorstoßende Keil, von der Freiburger und Märkischen Eisenbahn gebildet, wirkt seit langem wie ein Pfahl im Fleische. Die westliche Einführung der meisten Bahnlinien lockt mit günstigen Anschlußmöglichkeiten die Großindustrie in die für die Stadt unglückliche Westlage. Die Stadt verrußt, die Luft wird verschlechtert.

Die Wirkung des neuen Verkehrsmittels der Eisenbahn im Zusammenhang mit der volkswirtschaftlichen Umstellung des 19. Jahrhunderts vom Agrar- zum Industriestaat und die Entwicklung der Technik bringen Breslau neues Leben. Die Stadt wird Fabrikstadt.

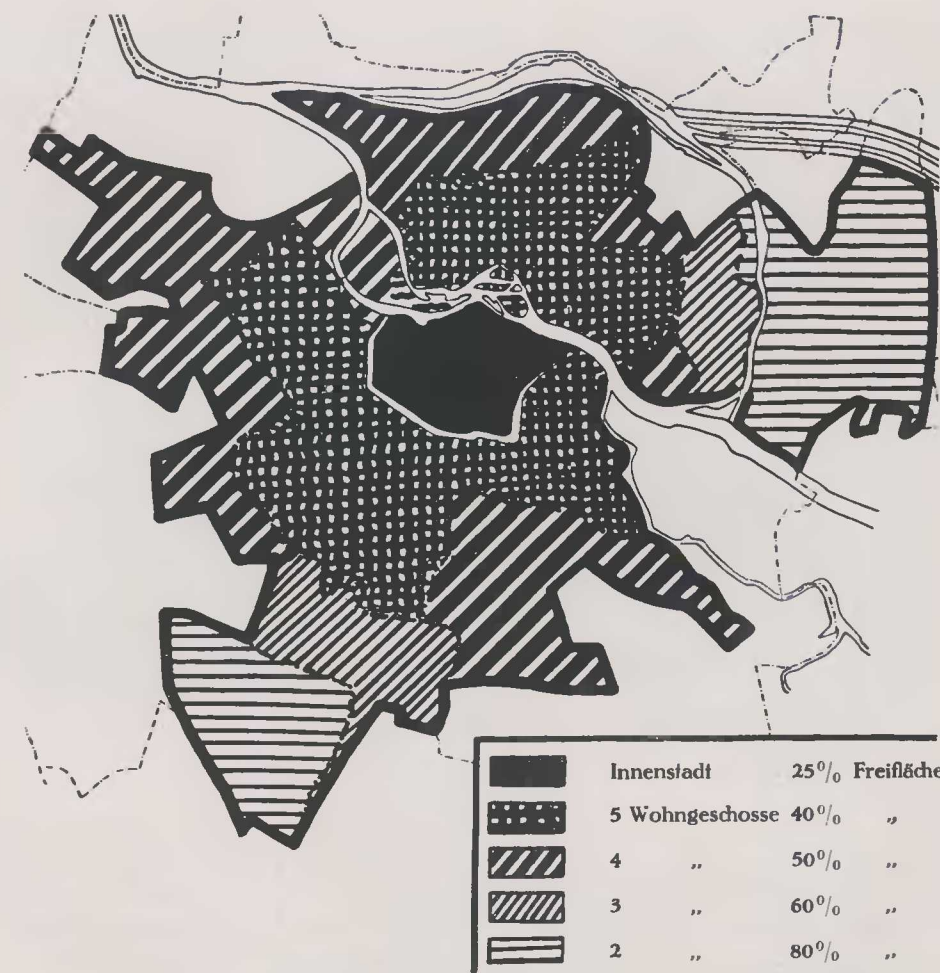


Die Breslauer Eingemeindungen bis 1911

Die Bevölkerungsziffer steigt, die Eingemeindung der umliegenden Dörfer wird Erfordernis. Unter der Initiative des tatkräftigen Oberbürgermeisters Hobrecht werden im Jahre 1867 sieben Dörfer, hauptsächlich im Süden gelegen, der Stadt einverleibt. Das Stadtgebiet erweitert sich von 2120 auf 3040 ha. Die neuen Vorstädte werden erschlossen. Die Bebauung, vorher allgemein dreigeschossig, wird höher. Für Grünflächen bleibt kein Raum. Immerhin ist Form und Ausführung besser als später in den Gründerjahren. Wasserversorgung und Kanalisation werden verbessert, Brücken gebaut, der Infektionsherd der Stadtohle durch Zuschüttung beseitigt. Unter Hobrecht wurde Breslau Großstadt. Die Einwohnerzahl hat im Jahre 1870 218 000 erreicht.

Nach dem gewonnenen Kriege bis zum Ende des Jahrhunderts wird das Tempo der Entwicklung immer rascher, die Fülle der zu lösenden Probleme immer drängender. Kein Wunder, daß hier wie überall in der überstürzten Hast des Wachstums vieles ungelöst bleibt. Der Städtebau jener Zeit erweist sich als der Aufgabe nicht gewachsen. Die Bauungspläne, die die Stadt nach dem Fluchtliniengesetz von 1875 für die Vorstädte aufstellt, sind schematische und seelenlose Gebilde, ohne Verständnis für die sozialhygienischen Forderungen des Wohnens, ohne Rücksicht auf örtliche Eigenart, auf bestehendes Grün, nur auf nüchterne Bauparzellenausschlachtung zugeschnitten. Es entstehen die Mietskasernenviertel der Oder-, Ohlauer-, Scheitniger-, Nikolai- und Südvorstadt. Fünf- ja sechsgeschossige Bebauung wird zur Regel. Die Massenkasernierung erreicht mit Zahlen von über 1000 Einwohnern je ha ihren Höhepunkt und macht Breslau zur dichtest bevölkerten Stadt im Reiche.

Der Beginn des neuen Jahrhunderts ist Beginn der Abkehr von dem alten passiven System der Stadtgestaltung. Schon durch die großzügige Politik des Oberbürgermeisters



Die Dichtigkeit der Bebauung im Stadtgebiet

Dr. Bender werden die Grundlagen der Gesundung geschaffen. In weiser Vorsorge für die Zukunft wird der ungenügende städtische Grundbesitz durch umfangreiche Landankäufe vermehrt. Mit großflächigen Grünanlagen beginnt die Sanierung des kranken Stadtkörpers. Die vorbildliche Anlage des Ausstellungsgeländes und der Jahrhunderthalle, dem bleibenden Erinnerungsmal des Ausstellungsjahres 1913, wird Merkzeichen eines bewußten Aufstrebens.

Der verlorene Krieg mit seinen Folgen schließlich beschleunigt die Einsicht begangener Fehler. Dem raschen Fortschritt sozialer Erkenntnis folgt allenthalben der Umschwung zu geläuterter städtebaulicher Anschauung, zu neuer Baugesinnung.

Unter dem Druck der im Gefolge des Krieges auftretenden Wohnungsnot wird die Fürsorge für die Unterbringung der Bevölkerung mit einem Schlage zu einer Angelegenheit der Allgemeinheit. Die Gemeindeverwaltung erkennt ihre Pflicht, die Stadtentwicklung und Stadtgestaltung planmäßig selbst zu leiten, die zu dicht bevölkerten Quartiere aufzulockern, die Wohnverhältnisse zu verbessern. Unter den veränderten Anschauungen wird die Frage der Stadterweiterung eine Flächenfrage. Der erste Schritt zu ihrer Lösung

ist die Befreiung von der erdrückenden Einschnürung, deren Enge die Zahlen in der Tabelle auf Seite 11 verdeutlichen.

Von jeher hat Breslau in dem Kampf, den jede sich vergrößernde Stadt mit dem Lande auszutragen hat, stärkere Hemmnisse gefunden als die westlichen und südlichen Städte des Reichs. Gegen die stark agrarisch eingestellten Interessen des Ostens sind die Breslauer Eingemeindungen immer zu spät und immer nur in ungenügendem Umfange durchgesetzt worden. Es waren nur Sprengungen in höchster Not, sie konnten der Überfüllung nicht steuern und hinkten der Entwicklung nach. Wer westliche Städte, auch außerhalb des Ruhrgebietes, kennt, weiß, wie weit ins Land hinaus die Ausstrahlungen der Stadt sich erstrecken. Bei keiner Großstadt in Deutschland ist der Schnitt zwischen Stadt und Land so unnatürlich scharf und stadtnahe wie in Breslau. Auf allen Seiten

ist die Stadt heute über ihre Weichbildgrenze hinausgewachsen. Schon längst kann sie ihre eigenen lebenswichtigen Betriebe im Stadtgebiet nicht mehr unterbringen. Der Flächenbesitz, den sie außerhalb ihrer Grenzen für Be- und Entwässerungsanlagen, Krankenhäuser, Erholungsheime, Friedhöfe u. a. in Anspruch genommen hat, erreicht annähernd den Umfang des heutigen viel zu engen Stadtgebietes.

Die Bestrebungen der Stadt, sich die Bewegungsfreiheit zu gesunder Entwicklung zu verschaffen, begannen im Jahre 1920 mit dem Wettbewerb zu einem Großsiedlungsplan, der die städtebauliche Unterlage für die Beurteilung der Eingemeindungsfrage liefern sollte. Die Verarbeitung des Wettbewerbsergebnisses durch das Stadterweiterungsamt unter der Leitung des Stadtbaudirektors Behrendt hat zu einem Plan geführt, der an Stelle der sinnlos gewordenen Weichbildgrenze die organischen Grenzen des Bedarfsraumes entwickelt. Er zeigt die Möglichkeit der Senkung der Bevölkerungsdichte aus ihrer jetzigen ungesunden Höhe von 114 Einwohnern auf 1 ha des Gesamtgebietes und 381 Einwohnern auf 1 ha des bebauten Gebietes auf 36 bzw. 158 Einwohner, gibt der Industrie Entwicklungsraum an den Bahnstrecken und Wasserläufen, dort wo sie die Wohnquartiere nicht schädigt, schafft Umgehungsstraßen, bringt die Vororte in Verkehrsverbindung mit der Kernstadt, die durch Straßendurchbrüche, Auflockerung und Umsiedelung saniert werden soll, legt Siedlungsgebiete teils auf Neuland,



Fliegerbild des Stadtkerns

	Weichbildgröße	Einwohnerzahl	Bevölkerungsdichte auf 1 ha Gesamtfläche
Köln	25 200 ha	710 000	27,3
Frankfurt a. M.	13 500 ha	470 000	35
Durchschnitt von 46 Großstädten	—	—	41,3
Breslau.	4 920 ha	560 000	114

teils im Anschluß an bestehende Gemeinden aus, umreißt die Erholungs- und Nutzgrüngebiete, bringt sie untereinander und mit den Wäldern der Umgebung in Verbindung zu einem das Ganze durchdringenden Grünnetz.

Der Bebauungsplan ist aus den natürlichen Lebensbedingungen der Stadt heraus auf der Grundlage sorgfältiger Berechnungen und Erwägungen über den voraussichtlichen Bevölkerungszuwachs, über den Umfang der Wohngebiete und Grünflächen, sowie über die geographisch-organische Zonung der Wohn-, Arbeits- und Erholungsgebiete aufgestellt worden. Den alten Verkehrswegen entsprechend läßt er die von Südosten nach Nordwesten mit dem Strom in gleicher Richtung verlaufende Lebenslinie Breslaus erkennen.

An dieser Linie liegt das Wirtschaftsgebiet Breslaus und seine weitere Entwicklung. Südwestlich dieser Industrielinie und vor ihren schädlichen Einwirkungen geschützt wird sich die zukünftige Wohnzone in der Richtung Breslau-Brockau erstrecken, aufgelöst in grün umschlossene Bebauungsinseln, in reiner Luft, auf gutem Boden seine besten Be-



Dominsel, Sand und Neumarkt



Ausstellungsgelände



Studie für eine Umgestaltung der Innenstadt von Stadtbaurat Berg
Mitarbeiter Konwiarz und Moshamer

dingungen findend. Für die Bedürfnisse der erweiterten Stadt wurden so 27 300 ha. d. h. rund das 5,5fache des drangvoll engen Stadtgebietes ermittelt. Damit wird eine gesunde Absenkung der Besiedlungsziffer erreicht, die mit 36 Einwohnern je ha, bezogen auf das Gesamtgebiet, den Durchschnitt der deutschen Großstädte mit 41,3 Einwohnern je ha unterschreitet.

Die Planung steht der Verwirklichung am nächsten in den Randgebieten der jetzigen Bebauung. Hier gilt es, noch unbebaute Freiflächen zu erhalten, sie als Grüngürtel zwischen die Stadt und die neueren äußeren Baugebiete einzuschieben. Überall, wo sich die Möglichkeit dazu irgend bietet, sollen diese Flächen dem immer steigenden Bedürfnis der Bevölkerung nach Sport, Spiel und Leibesübung nutzbar gemacht werden und die Kleingärten aufnehmen, deren die überfüllten Außenbezirke des jetzigen Stadtgebietes zum Ausgleich der wohnlichen Unzulänglichkeiten so überaus dringend bedürfen.

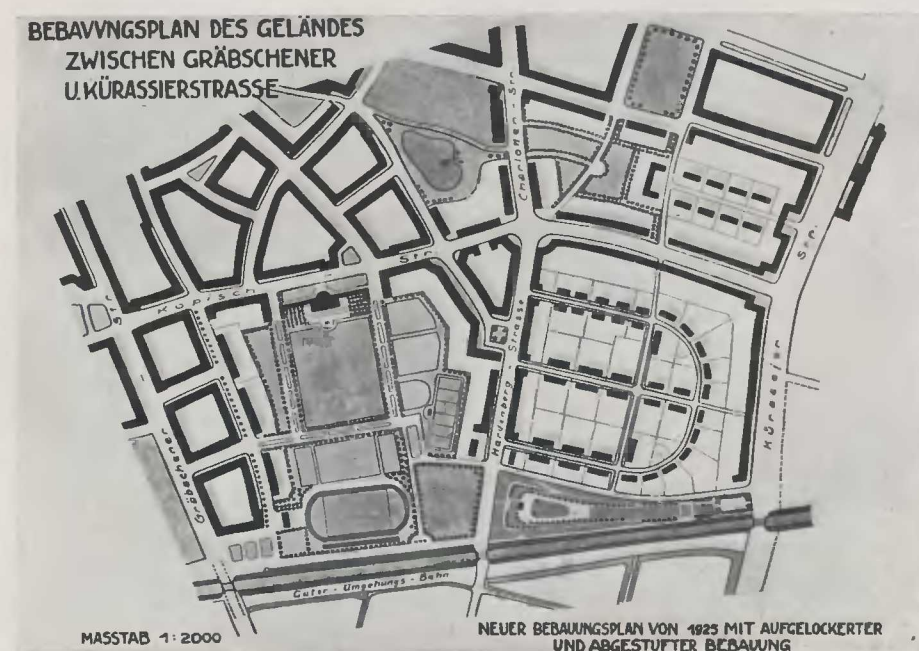
Eine nicht weniger notwendige Voraussetzung für eine weitausgreifende Stadterweiterung mit der Abrückung ihrer Siedlungsflächen vom Stadtkern und dem damit gesteigerten Fahrverkehr ist die Anpassung der Altstadt an die erhöhten Verkehrsansprüche. Hier erwächst die schwierige Aufgabe, die Forderungen des Neuen mit den Kulturercheinungen der Vergangenheit in Einklang zu bringen. Eine Umgehung der Altstadt ist in Breslau unmöglich. Die Struktur der Stadt weist zwingend auf das seit alters bestehende Kreuz der Nord-Süd mit der Ost-West Verkehrsrichtung am Ringe hin. Hier im Herzen der Stadt sind starke Eingriffe unvermeidbar. Die Durchlegung diagonalen Verkehrsstraßen wie der vom Freiburger Bahnhof zum Ring, die Berührung alter Baudenkmäler, wie der Elisabethkirche, mit verbreiterten Durchgangswegen, das Bedürfnis der erweiterten Stadtverwaltung nach einem ihrer Bedeutung entsprechenden Sitz im Zentrum des Ganzen



Bebauungspläne
des
Stadterweiterungsamts



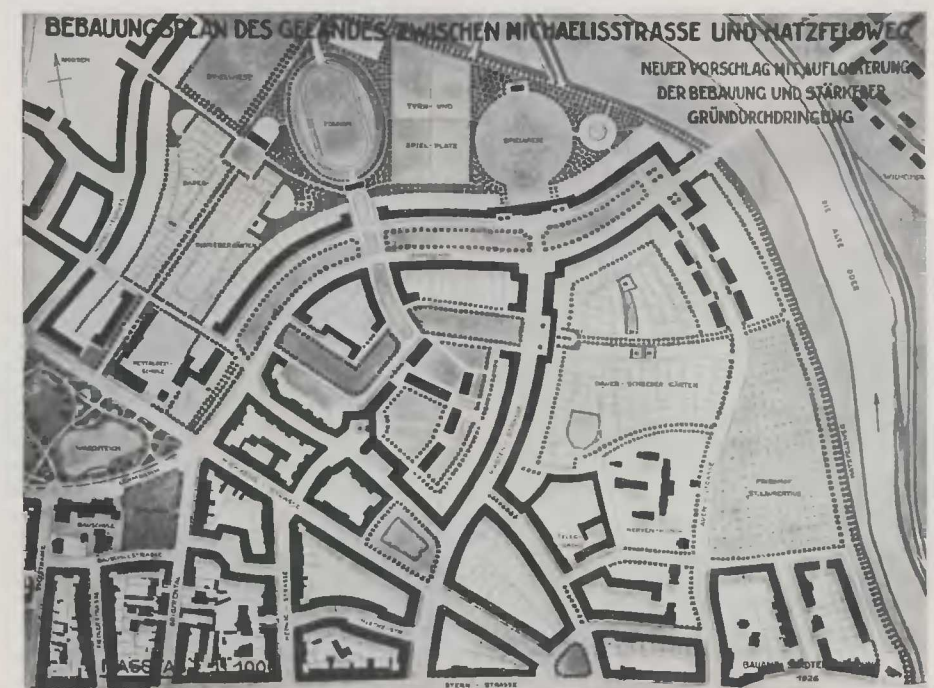
Alter Plan aus der Vorkriegszeit



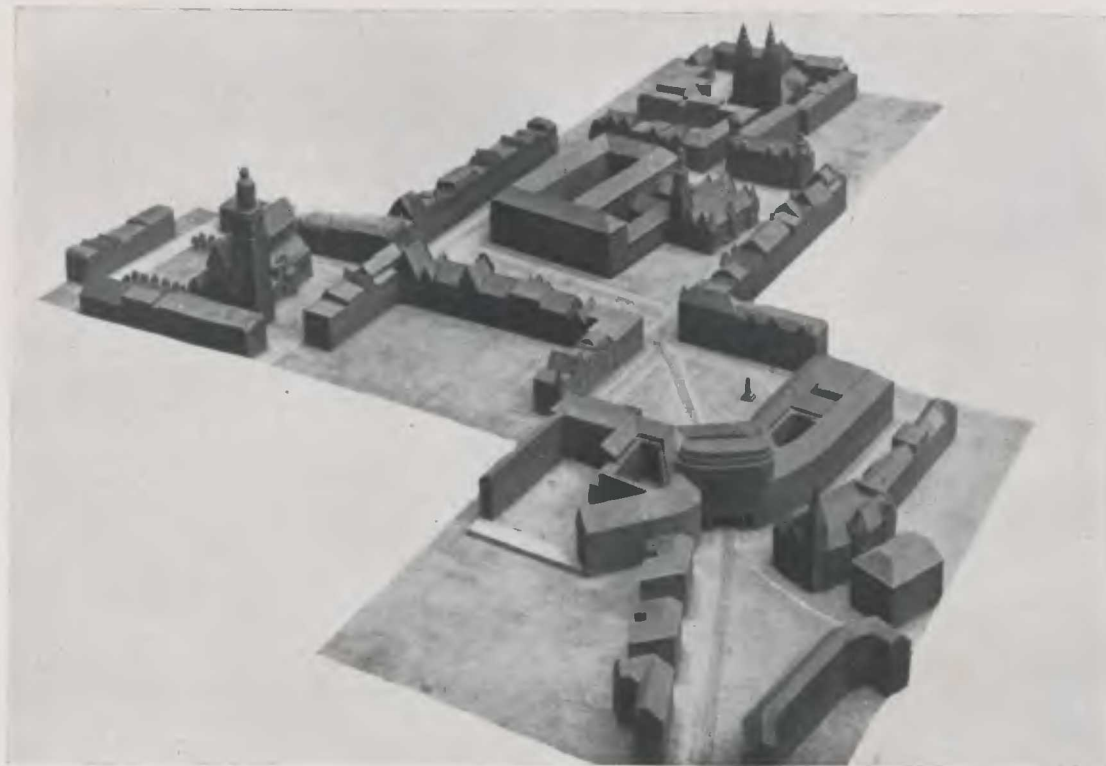
Neuer Plan des Stadterweiterungsamts



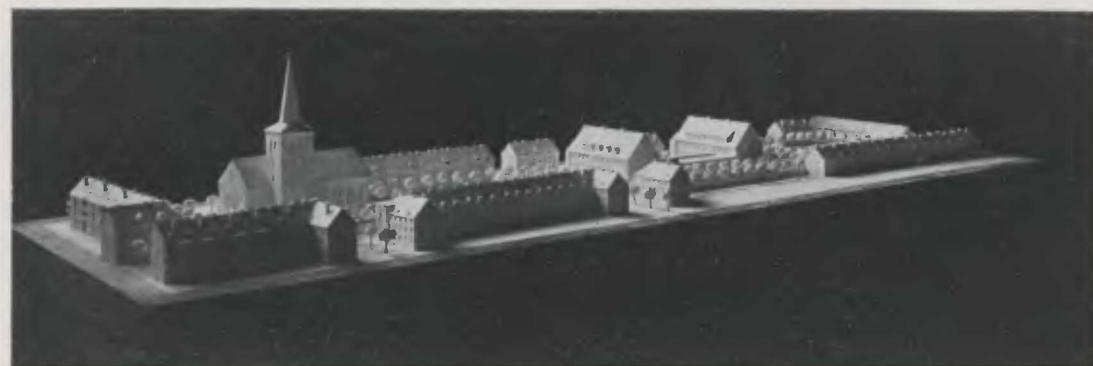
Alter Plan aus der Vorkriegszeit



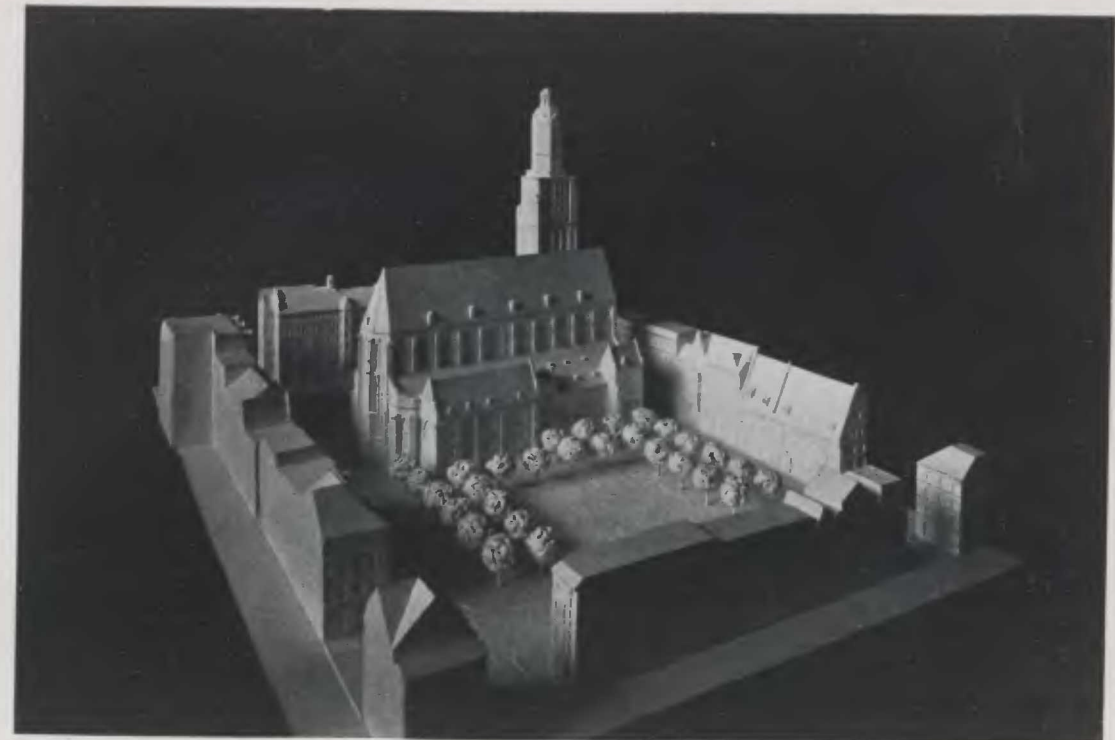
Neuer Plan des Stadterweiterungsamts



Vorschlag des Stadterweiterungsamts für die Einordnung eines neuen Stadthauses
Durchbruch des Riemberghofes und Umgestaltung des Platzes um die Elisabethkirche



Kirch- und Schulplatz in Pöpelwitz



Stadterweiterungsamt. Gestaltung des Platzes nördlich der Elisabethkirche



Stadterweiterungsamt. Gestaltung des Platzes um die Michaeliskirche



Sportpark Leerbeutel. Stadion der Stadt Breslau. Magistratsbaurat Konwiarz

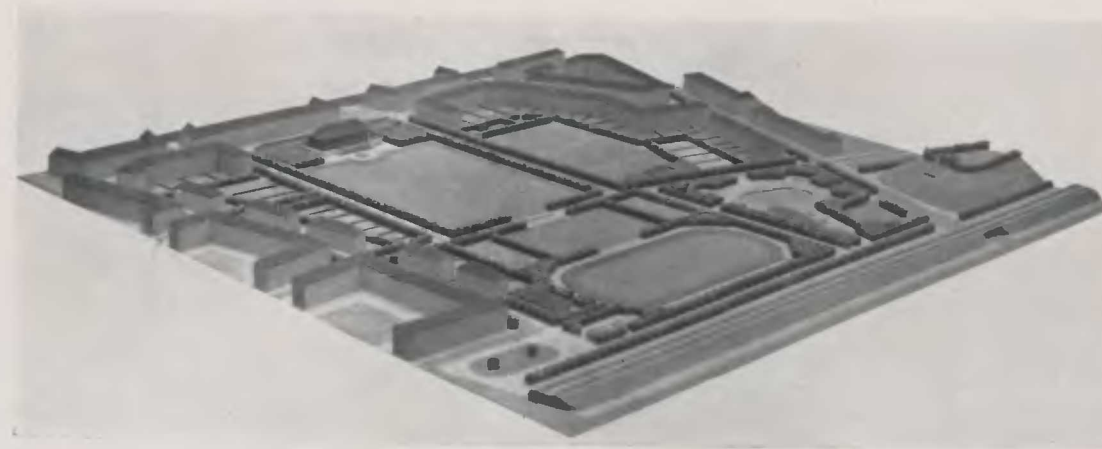
und in der unmittelbaren Nachbarschaft des schönen alten Rathauses, die Vermehrung der Stromüberbrückungen und manches andere mehr schaffen Aufgaben, die ohne schwächliche Angst, aber mit feinem Gefühl für den Wert des überkommenen Alten in taktvoller Anpassung gelöst werden wollen.

Die in den Außenbezirken vorgesehenen Siedlungsflächen sind geschlossene Gebilde beschränkten Umfanges, so daß der Weg ins Freie an keiner Stelle mehr als 1 km beträgt. Überall sind die örtlichen Gegebenheiten, wie Wasserläufe, Baumbestände, Wiesenniederungen zu öffentlichen Grünanlagen ausgestaltet, die die Wohngebiete durchdringen, und überall in diesen Außenbezirken soll eine gartenstadtmäßige Wohnweise in hauptsächlich zweigeschossigen Gebäuden mit geräumigen Nutzgärten Platz greifen. So wird zum Kennzeichen des großen Gesundheitsplans eine weitgehende Dezentralisation, eine Auflockerung, bei der die neuen Wohngebiete die Kernstadt trabantenartig umlagern. Mit der Möglichkeit der Entfaltung eines gewissen Eigenlebens innerhalb der einzelnen Bezirke vereint sich, gefördert durch die Ausgestaltung der Verkehrsmittel, eine Bindung aller Glieder an den Gesamtorganismus in den Grenzen, die durch die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit der umschlossenen Gebiete bestimmt sind.

Den richtunggebenden Gesichtspunkten dieser Planung sind die Vorschriften der im Juli 1926 in Kraft getretenen neuen Bauordnung angepaßt.

Die seit dem Jahre 1904 festgesetzten 5 Bauzonen bleiben nur insoweit bestehen, als die Bebauung des Stadtgebietes bereits durchgeführt ist. Alle noch nicht bebauten Teile der Stadt sind aus den Bauklassen 3—5 ausgezont und zu einer neuen Bauklasse 6, einer elastischen Staffelbauklasse, zusammengefaßt worden, der auch das Eingemeindungsgebiet zugehören soll.

Die Einordnung neu zu erschließender Bezirke in die Baustaffeln wird in enger Anpassung an den jeweils aufzustellenden Bebauungsplan durch besondere Polizeiverordnung geregelt. Auf diese Weise ist die Möglichkeit gegeben, sich den unterschiedlichen Bedürfnissen durch Abstufung anzupassen und abweichend von der bisherigen über größere Flächen erstreckten zonenweisen Gleichartigkeit das Stadtbild straßenweise abzuwandeln. So kann beispielsweise im unmittelbaren Anschluß an die hochbebaute



Stadterweiterungsamt. Volkspark Gräbschen

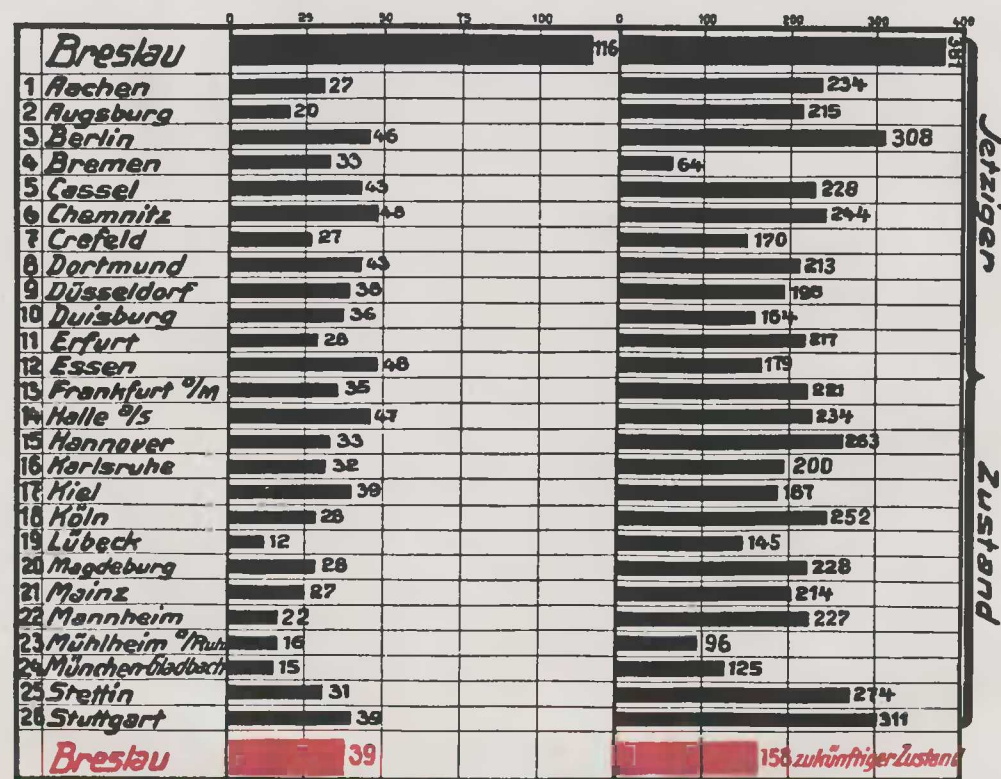
Hauptverkehrsstraße mit ihren Läden die ruhige flach und offen bebaute Wohnstraße mit geräumigen Gärten entstehen.

Eine wichtige Handhabe für die Verbesserung des Wohnwesens ist das in der neuen Bauordnung enthaltene Verbot, selbständige Wohnungen in Hintergebäuden oder Seitenflügeln zu errichten. Damit und mit der Festsetzung rückwärtiger Baufuchtlinien wird die Zerteilung des Blockinnern in lichtlose Höfe verhindert.

Um Verunstaltungen vorzubeugen, sind der Bauordnung Schutzvorschriften gegen die Verunstaltung von Straßen, Plätzen und Siedlungsgebieten angegliedert.

Mit Bebauungsplan und Bauordnung hat die Stadtgemeinde Werkzeuge gewonnen, um ihre bauliche Entwicklung nach wirtschaftlichen, gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkten leitend zu beeinflussen. Die Ausfüllung des Wunschbildes, das der Plan darstellt, kann elastisch den zukünftigen Bedürfnissen angepaßt werden.

Bibliothek
Urban. Wied.



Siedlung Pöpelwitz, Platz am Hellerweg. Arch. B.D.A. Theo Effenberger

II. Wohnung und Siedlung.

Wer Deutschland von Westen nach Osten, etwa in der Linie Bremen-Breslau, durchquert, wird finden, daß nach Osten zu die Güte der Volkswohnverhältnisse im allgemeinen sinkt. Die Wohnform wird dürftiger. Das Kleinhaus, im Westen vielerorts noch häufig, wird seltener, das Großmietshaus herrschender, die Bevölkerung zusammengedrängter. Trotzdem der Osten weiträumiger ist als der Westen, steigt Bevölkerungsdichte und Behausungsziffer in den Städten.

An diesem Maßstab gemessen, ist Breslau die östlichste Stadt des Reiches. Mit seiner Bevölkerungsdichte von 381 Einwohnern je ha bebauter Fläche und 114 Einwohnern je ha Stadtgebiet läßt es alle übrigen Großstädte des Reichs weit hinter sich. Diese Zahlen enthüllen dem, der ihre Sprache versteht, ein düsteres Bild von Elend, Überfüllung, Verkümmerung an Körper und Geist, Untergang von Volkskraft.

Der übergroßen Bevölkerungsdichte entspricht die Dürftigkeit der Wohnweise. Nach den Ergebnissen der Zählung vom Jahre 1916 bestanden

- 156 Wohnungen in Breslau aus einem einzigen nicht heizbaren Raum,
- 15% aller Wohnungen aus 1 heizbaren Raum ohne Küche,
- 30% aus 1 heizbaren Raum mit Küche,
- 28% aus 2 heizbaren Räumen mit Küche,
- 21,4% aus 3 bis 4 Räumen und nur
- 5,6% aus Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern.

Daraus geht hervor, daß 45% aller Wohnungen Zwergwohnungen waren, die für ein kinderloses Ehepaar zur Not genügen. Aber gerade in diesen Wohnungen ist in der Regel die Kinderzahl und die Überbelegung mit ihren traurigen Folgen am größten.

Breslau war schlecht behaut an Zahl und Beschaffenheit der Wohnungen, als der Krieg ausbrach, und die im Gefolge des Krieges auftretende allgemeine Wohnungsnot wurde hier noch gesteigert durch die Abtrennung von Posen und Ostoberschlesien. 6000 Flüchtlingsfamilien, Ausgewiesene, Optanten, in ihrer Existenz Entwurzelte hat Breslau aufnehmen müssen.

Heute ist die Zahl der Menschen, die in Breslau in überfüllten Quartieren vom Keller bis zum Dach zusammengedrängt unter Verhältnissen leben, die den elementarsten gesundheitlichen Anforderungen Hohn sprechen, auf wenigstens 130000 zu schätzen. Der „Unfug des Bauens“ wird hier in seiner ganzen Tragweite, die Notwendigkeit großzügiger und rascher Abhilfe in ihrer zwingenden Unbedingtheit offenbar.

In der Vorkriegszeit betrug der jährliche Zuwachs rund 2400 Wohnungen. Dieses Angebot entsprach knapp der Nachfrage. Der Prozentsatz leerstehender Kleinwohnungen betrug in Breslau nur 1,2%. Auch diese niedrige Zahl deutet auf äußerste Ausnutzung des vorhandenen Wohnraumes hin.

Während des Krieges ruhte der Wohnungsbau völlig. Die Einwohnerzahl sank zwar von 543426 (1913) auf 536758 (1919), hat aber schon 1920 die Vorkriegsziffer wieder überschritten und in den letzten zwei Jahren jährlich um durchschnittlich 9700 zugenommen. Dazu kommt, daß nach dem Kriege viel mehr Haushaltungen gegründet als aufgelöst wurden. Die Eheschließungen stiegen bis auf das 1,64fache des Friedensstandes.

Die Zahl der fehlenden Wohnungen beträgt nach vorsichtiger Berechnung heute 11500 außer dem laufenden Bedarf von 2400 Neuwohnungen jährlich. Dabei ist die Entlastung der überfüllten Quartiere und der in sehr großem Umfange erforderliche Ersatz ausgewohnten Raums in Althäusern und Behelfswohnungen noch nicht einmal berücksichtigt.

Geht man — in Ansehung der gegenwärtigen Wirtschaftslage — von dem immerhin bescheidenen Wunsche aus, die Wohnungsnot in einem Zeitraum von etwa 10 Jahren zu beheben, so setzt sich das jährliche Sollprogramm zusammen aus:

jährliche Neuwohnungen für den Bevölkerungszuwachs	2400 Wohnungen*)
jährlicher Ersatz der fehlenden Wohnungen	1150 „
jährlich zu bauen	3550 Wohnungen

Von diesem notwendigen Umfange der jährlichen Wohnungsproduktion ist Breslau leider noch weit entfernt. Die verfügbaren Mittel reichen mit der im Jahre 1926 erreichten Höchstzahl von 1750 Neubauwohnungen noch nicht einmal hin, um den Bedarf des normalen Bevölkerungszuwachses zu decken, geschweige denn den Ersatz der fehlenden Wohnungen in Angriff zu nehmen.

Erst wenn es gelingt, das jährliche Wohnungsprogramm auf den verdoppelten Stand von 1926 zu bringen, wird von einem Stillstand der Wohnungsnot, von einer sich anbahnenden Gesundung gesprochen werden können.

Aber so unbefriedigend die bisherigen Leistungen, gemessen an dem Ausmaß der Not, auch sein mögen, so achtunggebietend sind sie, wenn die ungeheuren Schwierigkeiten der Finanzierung und Mittelbeschaffung in der Nachkriegsperiode und die Hemmungen berücksichtigt werden, die mit der grundsätzlichen Umstellung des Wohnwesens aus einer privaten in eine öffentliche Angelegenheit naturgemäß verbunden waren, eine Umstellung, wie sie sich mehr oder weniger bei allen am Kriege mittelbar und unmittelbar beteiligten Völkern in Europa unter dem Druck der sozialen und wirtschaftlichen Vorgänge vollzogen hat.

*) Diese Ziffer hat steigende Tendenz.



Siedlung Dürrgoy. Städtische Hochbauverwaltung

Seit Kriegsende werden in Breslau bis zum Ablauf des Jahres 1926 insgesamt rund 15000 Wohnungen geschaffen sein, davon rund 6000 in Neubauten. Mit diesen schon rein zahlenmäßigen Erfolgen einer tatkräftig betriebenen Wohnungspolitik stellt sich Breslau in die erste Reihe neben die westlichen Großstädte des Reichs mit ihren verhältnismäßig viel günstigeren Wirtschaftsverhältnissen und reicheren Hilfsquellen.

Zunächst, und um die dringendste Not so rasch als möglich zu lindern, wurden Notmaßnahmen, wie die Trennung großer Wohnungen, der Ausbau von Kasernen, Speichern, Kellern und Dachstöcken durchgeführt, Maßnahmen, mit denen gegenüber den nur in längerer Frist fertigzustellenden Neubauwohnungen der Vorteil alsbaldiger Bezugsfertigkeit erreicht wurde. Auf diese Weise wurden 8648 Wohnungen hergerichtet, von denen jedoch ein beträchtlicher Teil nur beschränkte Benutzungsdauer besitzt. Dieser Behelfsbau ist bereits seit einigen Jahren als beendet anzusehen.

Zugleich legte die Stadt aus ihrem Bodenvorrat Flächen für Siedlungen aus, zunächst im Süden der Stadt, in der Gemarkung **Dürrgoy** ein Gelände von 11 ha, und baute dort nach eigenen Entwürfen und unter eigener Oberleitung 208 Wohnungen im Flachbau mit geräumigen Gärten, größtenteils als Einfamilienreihen Häuser, ferner Zwei- und Vierfamilienhäuser.

Dürrgoy ist die einzige Siedlung, deren Ausbau von der städtischen Bauverwaltung selbst geleitet wurde. Fortan beschränkte sich die Stadt auf die Förderung des Wohnungsbaues, seine Finanzierung und Überwachung. Für dieses Arbeitsgebiet wurde beim Magistrat die Abteilung für Kleinwohnungsbau eingerichtet, die die Bauanträge zu prüfen, die Beihilfen zu regeln und dafür zu sorgen hat, daß die mit öffentlicher Hilfe errichteten Bauten den Forderungen der Wirtschaftlichkeit, Wohnungshygiene und guten Gestaltung entsprechen.

In der Erkenntnis, daß es sich bei den eigentlichen Bauausführungen und bei der Verwaltung der allmählich an Zahl beträchtlich zunehmenden Kleinwohnungen um Aufgaben handelt, die von der Stadtverwaltung selbst im Rahmen der städtischen Verfassung nicht ohne eine gewisse Schwerfälligkeit zu lösen sind, wurde hierfür im Jahre 1919 die Siedlungsgesellschaft Breslau A.-G. ins Leben gerufen, ein mit der Stadt eng verbundenes, jedoch selbständiges, kaufmännisch geleitetes, gemeinnütziges Unternehmen.



Bebauungsplan der Siedlung Pöpelwitz. Arch. B.D.A. Theo Effenberger

Die Mehrheit der Aktien ist im Besitz der Stadtgemeinde, die sich auch durch eine entsprechende Vertretung im Vorstande und Aufsichtsrat die bestimmende Führung auf allen Tätigkeitsgebieten der Gesellschaft gesichert hat.

Entsprechend ihrer Aufgabe, auf den Baustoffmarkt zur Herabminderung der Baukosten Einfluß zu gewinnen, hat sich die Siedlungsgesellschaft als Tochterunternehmen eine Ziegelei und ein Sägewerk angegliedert und betreibt Materialbeschaffung im Großen. Ziegel, Kalk, Zement, Holz, Installationsmaterial, Kacheln, Beschläge, Farben werden beschafft und an die Unternehmer abgegeben. Mit der Bearbeitung der Entwürfe werden Breslauer Architekten beauftragt, denen auch die künstlerische Oberleitung übertragen wird. Die Vergebung der Ausführungen erfolgt im Wege der Ausschreibung. Bei der Errichtung der Bauten werden ortsansässige Handwerker und Arbeiter vorzugsweise beschäftigt.

In Breslau waren gemeinnützige Unternehmen als Träger des Wohnungsbaus vor dem Kriege so gut wie nicht vorhanden. Verhältnisse wie insbesondere im Westen, wo in den Jahren vor dem Kriege die gemeinnützige Bautätigkeit in manchen Städten 30–50% der Kleinwohnungen errichtete (so in Halle 30%, Kassel 31%, Essen 33%, Gelsenkirchen 50% und im Osten in Königsberg 44%), waren in Breslau unbekannt. Diese Städte konnten sich ihre Vorkriegserfahrungen im gemeinnützigen Kleinwohnungsbau zunutze machen. Breslau stand in dieser Beziehung vor völlig neuen Aufgaben. Nahezu ausschließlich wurde hier die Kleinwohnungsherstellung in der Form des Großmietshauses von einer Vielheit kleiner, oft fachlich, künstlerisch stets mangelhafter, meist in Abhängigkeit von der Bodenspekulation stehender Privatkräfte betrieben, kleingewerblich, zusammenhanglos, in parzellenweiser Ausschachtung, mit großen Haustiefen, Seitenflügeln, Verbauung des Blockinneren, wie dies überall der Fall war, wo aus dem an sich wenig rentablen Kleinwohnungsbau ein Gewinn herausgeholt werden mußte.

Erst durch die Wohnungsfürsorge der öffentlichen Hand ist ermöglicht worden, was einsichtige Köpfe schon lange vor dem Kriege erstrebten: gemeinnützige, großgewerbliche Erschließung und Bebauung, einheitlich gestaltete Baublöcke zu Stadtvierteln und ganzen Siedlungen, planmäßig zusammengefaßt, wirtschaftliche Wohnungsherstellung durch Bauausführung im großen, Typung und Normung der Teile.

Auf diesen Arbeitsgebieten hat sich die Siedlungsgesellschaft in den sieben Jahren ihres Bestehens vorzüglich bewährt. Sie ist für die Stadtgemeinde zu einem Organ geworden, um die Verwendung ihrer Gelder unmittelbar zu beeinflussen, auf die Entwicklung des Baumarktes maßgebend einzuwirken und die Gestalt ihrer neu entstehenden Stadtteile zu bestimmen. Durch die größere Bewegungsfreiheit, mit der die Gesellschaft beim Grunderwerb und bei der Finanzierung ihrer Unternehmen vorzugehen in der Lage ist, wird der Stadtgemeinde die Durchführung ihrer Boden- und Wohnungspolitik erleichtert, und schließlich verbleiben die durch die gemeinnützige Gesellschaft geschaffenen Vermögenswerte der Allgemeinheit.

*

Im Jahre 1919 begann die Siedlungsgesellschaft mit den Vorarbeiten zu zwei großen Siedlungen Pöpelwitz und Zimpel. Für die letztere stellte die Stadt das Gelände zum Selbstkostenpreise zur Verfügung, während der Grund und Boden für die erstere zu günstigen Bedingungen erworben werden konnte. Die **Siedlung Pöpelwitz** liegt im Westen der Stadt und ist eine Staffelbausiedlung in Mittel- und Flachbau, nur die Anschlüsse an die bestehende fünfgeschossige Bebauung der Hauptverkehrsstraße



Siedlung Pöpelwitz. Wohnhof an der Lomnitzstraße. Arch. B.D.A. Theo Effenberger



Siedlung Pöpelwitz. Bäckerei und Fleischerei. Arch. B.D.A. Theo Effenberger



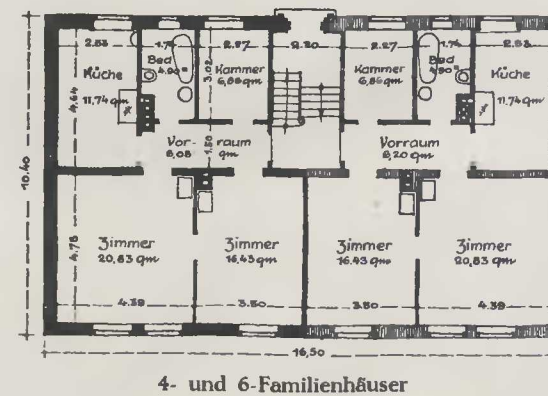
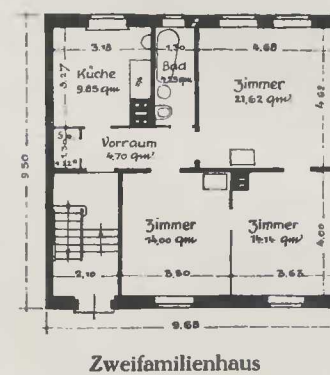
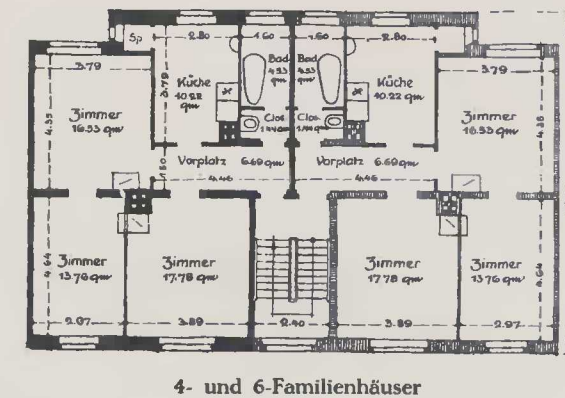
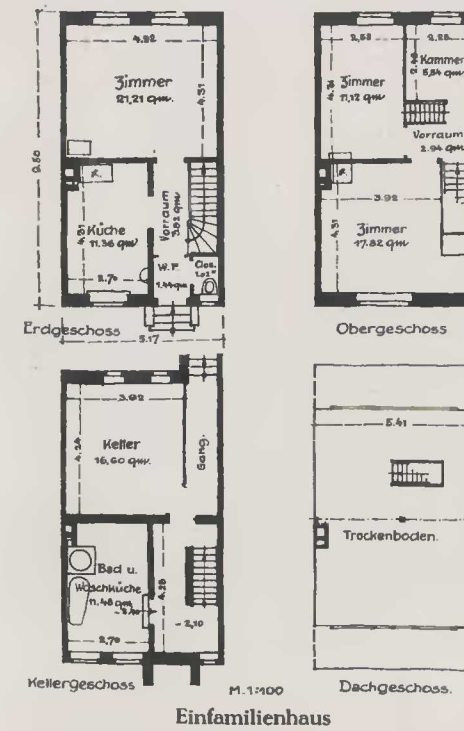
Siedlung Pöpelwitz, Zinnastraße. Arch. B.D.A. Theo Effenberger



Siedlung Pöpelwitz, Gandauer Straße
Arch. B.D.A. Theo Effenberger



Siedlung Pöpelwitz
Häuser an der
Malapanestraße
Arch. B. D. A.
Hans Thomas



Grundrißtypen der Siedlungsgesellschaft



Siedlung Zimpel, Gesamtanlage. Arch. B.D.A. Wahlich u. Heim

(Frankfurter Straße) werden in gleicher Bauweise durchgeführt. Das Siedlungsgelände ist 46,9 ha groß und wird nach völligem Ausbau, der 1927 vollendet sein wird, 1780 Wohnungen mit rund 8000 Einwohnern oder 170 Einwohner je ha umfassen. Jede Wohnung des Flach- und Mittelbaues hat einen Gartenteil, der zwischen 80 und 300 qm groß ist. Die Wohnungsgröße beträgt 50—90 qm, in der Hauptsache werden 2- und 3-Zimmerwohnungen nebst Küche gebaut in Eigenheimen, 2-, 4-, 6- und 8-Familienhäusern. Die Bauweise ist offen, halboffen und geschlossen mit Blockdurchlüftung. Inmitten der Siedlung stehen Kirche und Schule an geräumigen Grünplätzen.

Den Bebauungsplan bearbeitete Architekt Theo Effenberger Breslau, von dem auch die Mehrzahl der bisher errichteten Gebäudegruppen entworfen wurde. Neben ihm waren als Architekten Hans Thomas und in neuester Zeit Richard Gaze, sowie Erich Grau tätig.

Wenn im Westen der Stadt, in Pöpelwitz, die Enge des Weichbildes ein energisches Absetzen der Siedlung vom Stadtkörper unmöglich machte und bei aller Weiträumigkeit der unvermeidliche dichte Anschluß an die bestehende Bebauung der Anlage doch einen immerhin städtischen Charakter aufprägte, so ist das Gegenstück im Osten der Stadt, die **Siedlung Zimpel**, entsprechend dem dort zur Verfügung stehenden größeren Freiraum eine rings von Grün umschlossene ausgesprochene Flachbausiedlung in unmittelbarer Nachbarschaft des Scheitniger Parks, der sie von der Stadt trennt. Im Anklingen an diese Umgebung ist die Gründurchdringung zum beherrschenden Motiv der Planbildung geworden. Um eine gleichsam das Rückgrat der Siedlung bildende Spielflächenanlage gliedern sich in klarem und einfachem System geräumige Gartenhöfe. Hier sind bis jetzt 619 Wohnungen



Siedlung Zimpel, Friedrich-Ebert-Straße. Arch. B.D.A. Wahlich u. Heim



Siedlung Zimpel, Wohnhaus am Meisenweg. Arch. B.D.A. P. Heim



Siedlung Zimpel, Wohnhäuser am Amselweg. Arch. B.D.A. P. Heim

geschaffen worden, von denen die Siedlungsgesellschaft 452 und die Heimstätten A.-G. für Angestellte 167 erbaut hat. Nach völligem Ausbau wird Zimpel auf einer Fläche von rund 100 ha 2200 Wohnungen mit rund 10000 Einwohnern umfassen. Die Bevölkerungsdichte beträgt 115 Einwohner je ha. Die Wohnungen sind 2—4 zimmrig nebst Küche mit einer Wohnfläche von 50—125 qm als Eigenheime, 2- und 4-Familienhäuser erbaut. Die Gartenteile schwanken von 80—500 qm. Die Bauweise ist offene und halboffene Gruppenform. An beherrschenden Stellen des Plansystems sind Plätze vorgesehen für eine Schule, ein Wohlfahrts Haus, eine evangelische und eine katholische Kirche.

Die Entwürfe für den Bebauungsplan und die Bebauung stammen von den Architekten Wahlich und Heim Breslau.

Im Jahre 1922 erwarb die Siedlungsgesellschaft ein Gelände von 3 ha an der **Merckelstraße** südlich des Hauptbahnhofs, zum Bau von Mittelhäusern. Dort stehen, nach den Plänen der Architekten Heim und Kempster Breslau errichtet, 233 Wohnungen mit 1, 2, 3 und 4 Zimmern nebst Küche vor der Vollendung. Die Häuser sind als dreigeschossige Gruppen erbaut und liegen um einen großen, als gemeinsame Grünanlage ausgestatteten Innenhof.

Außer den drei Bebauungskomplexen Pöpelwitz, Zimpel und Merckelstraße wurden von der Siedlungsgesellschaft in der Stadt verstreut Baublöcke und Baulücken ausgebaut am Sauerbrunn, in der Agathstraße, der Glogauer-, Alsen-, Wilde- und Katzbachstraße. Die Bauten lehnen sich, was Geschoszahl und Höhe anbelangt, an die Nachbargebäude an und haben, wo dies die Größe der erworbenen Grundstücke erlaubt, Gartenteile für die Wohnungen.

Die Gesamtzahl der von der Siedlungsgesellschaft erbauten und im Bau befindlichen Wohnungen beträgt 2425, ferner 23 Läden.

Für die Verwaltung der bezogenen Wohnungen in den geschlossenen Siedlungen wurden Wohnungsvereine gegründet, deren Vorstände sich die Siedler aus ihrer Mitte wählen. Die Wohnungsvereine unterstehen der Siedlungsgesellschaft, übermitteln dieser die Mietzahlungen und die Wünsche der Siedler und besorgen die örtliche Verwaltung. Die Vorstände arbeiten ehrenamtlich, die Hilfskräfte werden von der Siedlungsgesellschaft bezahlt.

Nächst der Siedlungsgesellschaft ist das größte Wohnungsbauunternehmen die gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft **Eigenheim-Eichborngarten in Breslau-Gräbschen**. Sie erwarb im Jahre 1919 in Gräbschen ein altes Kulturgelände von 30 ha Größe und hat dort 790 Wohnungen errichtet. Eichborngarten ist eine Flachbausiedlung mit 3- und



Siedlung Zimpel, Ansicht von Westen. Arch. B.D.A. Wahlich u. Heim

4-geschossiger Randbebauung, im Inneren größtenteils aus Eigenheimen, jedoch auch aus 2-, 3- und 4-Familienhäusern bestehend, deren Gartenteile 80—600 qm je Wohnung groß sind. Die Kürassierstraße ist dreigeschossig mit 6-Familienhäusern, die Gräbschener Straße mit einem Ladengeschos und drei Obergeschossen bebaut. Die Siedlung geht noch in diesem Jahre der Vollendung entgegen. Die Siedlungsgenossenschaft Eichborngarten führt die Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten in eigener Regie aus und betreibt in gleicher Weise wie die Siedlungsgesellschaft Baumaterialeinkauf im Großen.

Die Pläne zur Anlage und zum Aufbau der Siedlung stammen zum überwiegenden Teile von dem Architekten Heim, Breslau, mit dem in den letzten Jahren Architekt Kempster gemeinsam wirkte. Leider gelang es nicht von vornherein, die Baugenossenschaft zur Heranziehung befähigter künstlerischer Kräfte zu bewegen, so daß der erste Bauabschnitt unter gewissen Mängeln der Gestaltung leidet und auch ursprüngliche Fehler des Bebauungsplanes wegen der inzwischen erfolgten Parzellierung nicht mehr restlos beseitigt werden konnten.

Außer den genannten zwei großen Siedlungsunternehmen haben sich noch einige gemeinnützige Gesellschaften am Wohnungsbau beteiligt. So hat die Heimstätten A.-G., die Tochtergesellschaft der Gagfah in Berlin, 167 Wohnungen in Zimpel und 20 Wohnungen in Pöpelwitz, größtenteils Eigenheime mit Garten gebaut.

Ferner wurden von der Baugenossenschaft am Sauerbrunn 84 Wohnungen und von der Breslauer Bau- und Hausgenossenschaft 36 Wohnungen geschaffen.

Weitere gemeinnützige Baugenossenschaften wurden mit viel gutem Willen gegründet, kamen aber durch die Ungunst der Zeit und durch Mangel an Leitung und Erfahrung nicht zur Verwirklichung ihrer Pläne.

Außer den gemeinnützigen Bauunternehmen widmeten sich auch Privatunternehmer dem Kleinwohnungsbau. So wurden nach Plänen des Architekten Theo Effenberger in der Düppel- und Westendstraße größere zusammenhängende Blöcke mit 2- und 3-Zimmerwohnungen in 4- und 5-geschossigen Häusern, insgesamt 165 Wohnungen und ferner in der gleichen Bauweise an der Piasten- und Bauschulstraße weitere 125 Wohnungen errichtet. Außerdem haben noch eine Reihe weiterer Unternehmer — zum Teil ebenfalls in größeren zusammenhängenden Komplexen — Kleinwohnungen gebaut.

Im ganzen wurden bis 1. 7. 26 von der Privatunternehmerschaft 832 Wohnungen, meist im Ausbau von Baulücken, von der Stadt und von den gemeinnützigen Unternehmen 3269 Wohnungen, vorwiegend im Flachbau mit Garten hergestellt.

Von den mit öffentlicher Hilfe gebauten Neubauwohnungen liegen

- 53% in Flachbausiedlungen,
- 16,8% in dreigeschossigen Mittelhäusern,
- 29,7% in Häusern mit mehr als 3 Wohngeschossen.

SIDDLUNG · EICHBORNGARTEN · BRESLAU · GRÄBSCHEN



Siedlung Eichborngarten, Bebauungsplan

Von der Stadtgemeinde Breslau wurden 5,8 %
 von gemeinnützigen Siedlungsunternehmen 70,8 %
 von privater Seite 23,4 %
 der Zuschußwohnungen gebaut.

Die Verhältniszahlen der Wohnungsgrößen betragen:

7,5 %	Wohnungen	1	Zimmer und Küche
44,55 %	"	2	" " "
44,00 %	"	3	" " "
3,7 %	"	4	" " "
0,25 %	"	5	" " "

Abgesehen von 550 zumeist größeren Wohnungen, die ohne Zuschüsse entstanden, sind alle diese Bauten mit Beihilfen aus öffentlichen Mitteln finanziert worden.



Siedlung Eichborngarten. Arch. B.D.A. Heim

Ir der Zeit bis zum 1. April 1924 wurden Reichs-, Staats- und Gemeindepflichtzuschüsse sowie freiwillige Gemeindegzuschüsse zur Verfügung gestellt; ferner Darlehen behördlicher und privater Arbeitgeber, soweit die Baukosten nicht durch Hypothekendarlehen im Umfange des rentierlichen Wertes abgedeckt werden konnten.

Infolge der zunehmenden und schließlich restlosen Entwertung des Geldes litt die Finanzierung des Wohnungsbaus unter einer ständig sich verstärkenden Krise, die die gesamte Bautätigkeit zum Erliegen zu bringen drohte und Ende des Jahres 1923 auch tatsächlich zu einem Stillstande führte. Nach der Stabilisierung der Währung erfolgt seit April 1924 die Finanzierung der mit öffentlicher Hilfe errichteten Neubauten nach den Richtlinien über die Verwendung der für die Neubautätigkeit bestimmten Anteile am Hauszinssteueraufkommen. Aus dieser Geldquelle flossen der Stadt zur Unterstützung und Förderung des Wohnungsbaus

im Jahre 1924 5261052 Mk.

" " 1925 6006862 "

Im Jahre 1926 wird voraussichtlich mit einem Betrage von 8000000 Mk. gerechnet werden können.

Hierzu traten an Zuwendungen aus dem staatlichen Ausgleichstock

im Jahre 1924 314000 Mk.

" " 1925 1900000 "

so daß im ganzen im Jahre 1924 5575002 Mk., im Jahre 1925 7906862 Mk. für Zwecke des Wohnungsbaus aufgewandt werden konnten. Im Jahre 1926 werden hierfür voraussichtlich im ganzen 9450000 Mk. zur Verfügung stehen. Die Hauszinssteuendarlehen werden bis zur



Siedlung Eichborngarten. Arch. B.D.A. P. Heim

Höhe von etwa 100 Mk. je qm Wohnfläche bei Wohnungen bis zu 70 qm Wohnfläche, bei Wohnungen zwischen 70 und 90 qm Wohnfläche in Höhe von 80 Mk. je qm Wohnfläche — im Höchstfalle jedoch 6000 Mk. für die Wohnung — und bei Wohnungen über 90 qm Wohnfläche bis einschließlich 120 qm Wohnfläche in Höhe von 5000 Mk. je Wohnung gewährt. 10% der Baukosten muß im allgemeinen der Bauherr selbst aufbringen. Mit der Staffelung der Hauszinssteuerdarlehen im umgekehrten Verhältnis zu der Größe der Wohnungen soll der Anreiz zur Schaffung bescheidener Kleinwohnungen erhöht werden, für die in Breslau bei der wirtschaftlichen Struktur seiner Bevölkerung ein besonders starkes Bedürfnis vorliegt. Der verfolgte Zweck ist bisher auch tatsächlich erreicht worden. In weit größerem Umfange als in zahlreichen anderen deutschen Städten sind die öffentlichen Beihilfen auf diese Weise tatsächlich den bedürftigeren, minderbemittelten Schichten zugute gekommen. Im Jahre 1924 und auch noch im Baujahre 1925 mußten die durch Hauszinssteuerdarlehen und Eigenkapital der Bauherren nicht gedeckten Baukosten durch hypothekarisch zu sichernde Baudarlehen der Mieter aufgebracht werden. Seit Ende 1925 und im Jahre 1926 ist es mehr und mehr gelungen, die durch Hauszinssteuerdarlehen und Eigenkapital der Bauherren nicht gedeckten Baukosten durch Hypothekendarlehen von Realkredit-Instituten zu bestreiten. Die Hypothekendarlehen werden jedoch noch nicht in ausreichender Höhe gewährt, so daß die Unternehmungen immer noch gezwungen sind, nicht unerhebliche Beträge aus eigenen Mitteln in den Bauten zu investieren, soweit nicht nach den geltenden Bestimmungen für kinderreiche Familien



Siedlung Eichborngarten, Fliederplatz. Arch. B.D.A. P. Heim

und Kriegsbeschädigte Zusatzhypotheken aus dem Hauszinssteueraufkommen bereit gestellt werden.

Bei Wohnungen für behördliche Arbeitnehmer gewähren die Arbeitgeber hypothekarisch zu sichernde Darlehen in dem Umfange, daß mit diesen und den Hauszinssteuerdarlehen 90% der Baukosten gedeckt werden können.

Mit der Aufbringung der eigentlichen Baumittel ist aber das Finanzierungsproblem leider noch keineswegs gelöst.

Die gesteigerten Herstellungskosten — sie betragen z. Zt. in Breslau rund das 1,7fache der Friedensbaukosten — und die auf das rund 2 1/2fache erhöhten Zinsen für Leihgelder bedingen — neben den ebenfalls nicht unwesentlich gestiegenen Kosten des Betriebes und der baulichen Unterhaltung — für die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals eine Miethöhe, die den Friedensstand erheblich übersteigt.

Zwar wird durch die Senkung des Zinssatzes für das Hauszinssteuerdarlehen, der gegenwärtig nur 1% jährlich beträgt, ein Ausgleich geschaffen, der sich in einer wesentlichen Ermäßigung der Mieten auswirkt. Wo bei kinderreichen Familien und Kriegsbeschädigten an Stelle hochverzinslicher privater Gelder in größerem Umfange Hauszinssteuerhypotheken treten, kann die Frage überhaupt als gelöst gelten. Aber einer derartigen Wohlfahrtsmaßnahme sind naturgemäß enge Grenzen gezogen. Die überwiegende Mehrzahl aller neuer herzustellenden Wohnungen hat an ihr keinen Teil. In diesen Normalfällen ist selbst nach Senkung durch den niedrigen Zinssatz des Hauszinssteuerdarlehens eine Miete unvermeidlich, die die Friedensmiete gleichartiger Wohnungen immer noch um 20–30% übersteigt.



Siedlung Eichborngarten, Randhaus Gräbschenerstraße. Arch. B.D.A. Heim u. Kempfer

Zwar haben in Breslau bisher die Mieten der Neuwohnungen weitaus niedriger gehalten werden können, als in allen anderen deutschen Großstädten. Auch waren die gemeinnützigen Breslauer Siedlungsunternehmen infolge der in der Inflationszeit erlangenen wirtschaftlichen Vorteile bisher in der Lage, die Mieten ihrer Wohnungen nach dem Stande der Altmietwohnungen zu bemessen, so daß die um 20–30% erhöhten Mietssätze erst für die in neuester Zeit hergestellten Wohnungen in Frage kommen werden. Auf die Dauer aber wird aus den erwähnten Gründen eine Mietsteigerung nicht zu umgehen sein, die gerade bei der gegenwärtigen traurigen Wirtschaftslage von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Denn es wird damit bei der herrschenden Arbeitslosigkeit und bei den geschmälernten Einkommen der Bezug der in jeder Hinsicht verbesserten Neuwohnungen gerade denjenigen Kreisen erschwert, für die sie in erster Reihe bestimmt sind.

Die Lösung dieser Schwierigkeiten kann auf verschiedenen Wegen gefunden werden:

1. in einer Senkung der Baukosten,
2. in einer Herabminderung der an die Wohnung zu stellenden Ansprüche hinsichtlich der Größe, Anordnung und Ausgestaltung,
3. in einer Verbilligung des Baugeldes.

Mit einer wesentlichen Senkung der Baukosten wird für die nächste Zeit leider noch nicht zu rechnen sein, obschon erwartet werden kann, daß die immer noch bestehende Spanne zwischen dem Lebenshaltungsindex und den Baupreisen auf die Dauer allmählich verschwinden wird.



Siedlung Eichborngarten, Randhaus Kürassierstraße. Arch. B.D.A. Heim u. Kempfer

Eine weitere Einschränkung der Wohnungsgröße — die angewandten Typen-Grundrisse sind schon jetzt als außerordentlich maßvoll und bescheiden zu bezeichnen — würde die erstrebten sozialhygienischen Reformen in Frage stellen. Wenn auch zuzugeben ist, daß insbesondere im westlichen Ausland, in England und Holland an den Umfang der Wohnungen im allgemeinen geringere Anforderungen gestellt werden, so kann man doch über die ganz anders gearteten Wohnsitten des Ostens jedenfalls vorläufig nicht ohne weiteres hinweggehen. Dazu kommt, daß unterhalb einer gewissen Grenze die Herabsetzung der Wohnungsgröße zu unwirtschaftlichen Lösungen führen muß, weil der Anteil der durch baupolizeiliche Vorschriften in bestimmten Ausmaßen festgelegten Geschosstreppe im Verhältnis zu den Nutzflächen zu groß wird. Es sei denn, daß man mit einer solchen Treppe drei und mehr Wohnungen in jedem Geschoss erschließt, eine Lösung, bei der die unbedingt anzustrebende Querlüftung verloren geht und der Nachteil einseitiger Besonnung in Kauf genommen werden muß. Wohnungen unter einer gewissen Größe sind daher nur im eingeschossigen Einfamilienreihenhaus möglich, in dem die Treppe entweder ganz entbehrt werden kann oder nur völlig untergeordnete Bedeutung besitzt. Diese Hausform ist jedoch für die Breslauer Verhältnisse vorläufig nicht anwendbar, weil die Enge des Stadtgebietes eine Weiträumigkeit der Besiedlung nicht zuläßt, wie sie hierfür unter Verzicht auf künstliche Beseitigung der Abwässer Voraussetzung ist. Die Höhe der Erschließungskosten würde etwaige Ersparnisse im Aufbau reichlich wieder ausgleichen. Aus diesen Erwägungen ergibt sich, daß auch die Schwierigkeiten bei der Aufbrin-



Wohnhäuser Agathstraße. Arch. B. D. A. H. Wahlich

gung der Miete nicht dazu führen sollten, eine Wohnungsgröße von 40–45 qm zu unterschreiten, und die gerade in Breslau dringender als in anderen Städten gebotenen Reformbestrebungen fordern zwingend eine Beschränkung des Anteils derartiger Kleinwohnungen an der Gesamtproduktion auf ein tunlichst geringes Maß. Denn der Prozentsatz überfüllter Zwergwohnungen ist hier schon von altersher erschreckend hoch.

Nach alledem bleibt nichts übrig, als eine Lösung des Mietproblems in der Hauptsache von einer Besserung der Verhältnisse auf dem Hypothekenmarkt zu erwarten, die, wenigstens soweit der Kleinwohnungsbau in Frage kommt, durch entsprechende Maßnahmen des Reiches und der Länder noch wesentlich nachdrücklicher gefördert werden könnte, als dies bisher geschehen ist. Immerhin wird man im Rückblick auf den kurzen Zeitraum seit der Stabilisierung unserer Währung die Ansicht vertreten können, daß der wirtschaftliche Ausgleich auf dem Bau- und Wohnungsmarkt schon erhebliche Fortschritte gemacht hat, und daß danach wenigstens bescheiden optimistische Zukunftshoffnungen nicht unberechtigt erscheinen. Ein völliger Ausgleich zwischen Herstellungskosten, Leihgeldzinsen und Mieten wird in immerhin absehbarer Frist zu erhoffen sein, so daß jedenfalls keine Veranlassung vorliegt, hinsichtlich der Größe und Beschaffenheit der Wohnungen zu sozialhygienisch minderwertigen Lösungen überzugehen, die sich bei einer Besserung der allgemeinen Lage nicht zuletzt zum Schaden der Bauwirtschaft als unzeitgemäß erweisen müßten. Noch immer hat das Wort seine Berechtigung, daß wir zu arm geworden sind, um uns einen mangelhaften oder nicht gediegenen Wohnungsbau leisten zu können.

*



Beamtenwohnhaus Parsevalstraße. Arch. B. D. A. H. Wahlich

Die Pläne aller Bauanträge, die um städtische Zuschüsse einkommen, müssen den gesundheitlichen Vorschriften über Besonnung, Durchlüftung, Raumgrößen, wie sie in die neue Bauordnung übergegangen sind, entsprechen, sowie den Anforderungen äußerster Wirtschaftlichkeit und einfach guter Form in Grundriß und Aufbau.

Bei der Prüfung der Baupläne und der vielfach erforderlichen Bauberatung bedient sich der Magistrat der Mitwirkung des Sachverständigenbeirates bei der Baupolizei, der einen besonderen Unterausschuß von erfahrenen Fachleuten mit sicherem künstlerischen Urteil für die Bearbeitung dieser Aufgaben gebildet hat. Auf diese Weise ist volle Unparteilichkeit der Beurteilung gesichert.

Die Erziehung zu einer gesünderen Baukultur, die die Stadt in ihrer Eigenschaft als Geldgeber auf diese Weise mit einem gewissen Nachdruck ausübt, hat ohne Zweifel auch schon sichtbare Erfolge gezeitigt. Auch die Bauten der Privatunternehmer sind, selbst soweit sie ohne die Mitwirkung von Architekten entstanden sind, jedenfalls qualitativ erheblich besser als die der Vorkriegszeit. Bei vernünftigen und klaren Grundrißbildungen ist alles vermieden, was das licht- und luftlose Massenmiethaus kennzeichnete. Auch bei Mehrstockwerkshäusern sind vielfach Lösungen erzielt worden, die mit geräumigen freundlichen Gartenhöfen und reizvollen Architekturbildern Lebensfreude und Behagen der Bewohner wecken können.

Es ist erklärlich, daß die Umstellung des Wohnungsbaus seit Kriegsende mancherlei Kritik, von gegeninteressierter Seite und von der Bevölkerung, besonders der wohnungssuchenden,



Wohnhaus Alsenstraße. Arch. B.D.A. H. Wahlich



Bebauung an der Merckelstraße. Arch. B.D.A. Heim u. Kempter

ausgesetzt war. Es liegt in der Natur der Sache, daß viele gegen das Neue, wenn nicht feindselig, so doch kritisch eingestellt sind, weil es Umdenken erfordert. Der Kleinwohnungsbau mit Garten war in Breslau unbekannt, ein Haus oder eine Wohnung in den vor dem Kriege entstandenen Kolonien Kleinburg, Carlowitz, Leerbeutel oder Bischofswalde war ausschließlich der wohlhabenden Bevölkerung erreichbar. Eigenheimbau für Arbeiter und Beamte, für die breite Masse, wofür in anderen Teilen des Reiches gemeinnützige Baugesellschaften wirkten, gab es in Breslau nicht. Der Durchschnittsbreslauer war in seine Mietskasernenwohnung, in seine Einschnürung so eingewohnt, daß ihm diese Wohnart als die gegebene und bequemste erschien. Dies war erklärlich. Verkehrsverbindungen über die Peripherie hinaus waren nicht vorhanden, die kleinen Vororte um Breslau entbehrten der Annehmlichkeiten, die der Städter nicht missen will. Der Boden zur Ansiedlung außerhalb war eben noch nicht bereitet. Im Kriege erst wurde die Sehnsucht nach „dem Häuschen im Grünen“, aber diese berechnete Sehnsucht war reichlich mit Romantik umnebelt. Die Vorstellung war die einer freistehenden Kleinvilla mit den üblichen Zutaten wie Erker und Türmchen. Als nun die ersten Häuser im Flachbau entstanden, entsprachen sie durchaus nicht dieser Vorstellung. Sie waren in Reihen gebaut, ohne Verzierungen, knapp in den Ausmaßen, mit niedrigen Stockwerkshöhen, im ganzen gar nicht villenmäßig. Erst allmählich hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß einfache und sachliche Gestaltung den Wert der Wohnung nicht mindert und daß ein Siedlungshaus keine Villa sein kann.

Die Siedlungen sind Vorstadtsiedlungen mit rein städtischer Bevölkerung und haben Kanal-, Wasser-, Gas- und elektrischen Lichtanschluß. Die Gartenteile sind nicht so groß (im Durchschnitt 200 qm), daß die anfallenden Abfallstoffe im Garten untergebracht werden können. Für rein ländliche Siedlungen aber bietet, wie schon erwähnt, das enge Weichbild der Stadt vorläufig keinen Raum. Um diese Siedlungsform pflegen und die Selbstversorgung der Stadt mit landwirtschaftlichen Produkten durchführen zu können, muß erst die Stadtgrenze weiter hinausgerückt sein.

In den ersten Jahren wurde für jede Wohnung ein Kleinviehstall gebaut. Hiervon wird mehr und mehr abgegangen. Die Viehhaltung ist seit der Stabilisierung der Währung sehr zurückgetreten. Sie war für den Städter eine Notmaßnahme und wurde aufgegeben, als er nicht mehr auf seine Kosten kam.

Die Wirtschaftlichkeit in Erschließung und Aufbau zwingt dazu, in den Vorstadtsiedlungen gedrängter zu bauen, d. h. die Reihen länger und die Gartenteile kleiner zu



Wohnblock Westend-Düppelstraße. Arch. B.D.A. Theo Effenberger



Wohnhäuser Piastenstraße. Arch. B.D.A. Theo Effenberger



Wohnhäuser Düppelstraße. Arch. B.D.A. Theo Effenberger



Wohnhaus Oranienstraße. Arch. Professor Adolf Rading

machen, als dies in den ersten Jahren geschah. Der Gemüsebau ist zurückgegangen, Obst, Rasen und Blumenbeet sind vielfach an Stelle der Gemüsebeete getreten. Man geht daher dazu über, die Hausgärten kleiner zu halten und zum Ausgleich Land für Zusatzgärten in der Umgebung bereit zu stellen. Auf diese Weise wird der Anteil der Wohnung an den Kosten der Erschließung herabgesetzt und die Bestellung der Gartenflächen durch Verteilung nach dem jeweiligen Interesse geregelt.

Die Siedlungen werden nach einheitlichen Plänen bepflanzt. Der Straßen- und der Hausbaum wird in der dem Beziehen des Hauses vorausgehenden oder folgenden Pflanzzeit vom Bauherrn gesetzt.

Straßen ohne Gehwege sind, wie sich herausgestellt hat, für Vorstadtsiedlungen nicht zweckmäßig. Die Zunahme des Wagen- und Autoverkehrs, auch in den Siedlungen, macht vielmehr die Anlage von Gehwegen erforderlich. Als geeignete Breite der Wohnstraßen wurde 7,50 m ermittelt, wovon 4,50 m auf die Fahrbahn entfallen.

Die Oberflächenentwässerung geschieht in den Außengebieten oberirdisch, dies bedingt eine Geländeregulierung, die bei ebenem Gelände, wie es um Breslau die Regel ist, genau berechnet sein muß.

Die elektrischen Lichtleitungen sowie die Telephonleitungen sind in den Außengebieten der Billigkeit halber als Luftleitungen angelegt. Wo es möglich und erschwinglich ist, wird zum Erdkabelbau übergegangen.

Die Garteneinfriedigungen sind entweder aus gespaltenen Prügeln oder geschnittenen Latten mit Eichenpfosten hergestellt. Seit neuerer Zeit wird vielfach die Einfriedigung mittels Hecken angewandt.

Die Wohnungen sind alle zweifrontig und durchlüftbar, mit Ausnahme einiger Kleinstwohnungen, von denen 3 in einem Stockwerk liegen. Hier wird die Mittelwohnung durch das Treppenhaus gelüftet.



Wohnhaus Oranienstraße. Arch. Professor Adolf Rading

Die Tiefe der Typen wechselt zwischen 9,50 m (für Eigenheime) bis zu 12 m (für Mehrfamilienhäuser). Zu flache Typen, z. B. 7 m für Eigenheime, wie sie an anderen Orten verwendet werden, sind hier wirtschaftlich unvorteilhaft. Breslau hat ein kontinentales, windiges Ebenenklime. Die winterlichen Ostwinde kommen von Rußland und sind schneidend scharf. Sie kälten die Häuser aus. Deshalb sind tiefe Typen, lange Reihen und entsprechende Mauerstärken oder Verwendung von Isolierschichten das Gegebene. Aus den gleichen Gründen sind die in anderen Landesteilen häufig angewandten Leichtbauweisen hier im Osten nicht angebracht, ebenso wie das verdoppelte oder Kastenfenster für keinen Wohnraum entbehrt werden kann.

In Breslau ist der Grundwasserstand durchschnittlich hoch, die Straßen sind zum großen Teil Dammstraßen, die Kanäle liegen an der Stadtperipherie flach, deshalb müssen die Häuser häufig über das Gelände erhoben werden. Nichtunterkellerung oder nur teilweise Unterkellerung kommen deshalb meist nicht in Frage, auch abgesehen von hygienischen Gründen, die dagegen sprechen.

Die Wohnungsgrößen schwanken zwischen 45 und 120 qm Wohnfläche, die häufigsten Formen sind die 2-Zimmerwohnung mit Kammer (66 qm) und die 3-Zimmerwohnung (70 qm). Jede Wohnung hat Nebengelaß im Keller und Dach.

Die Abstufung der Zimmergrößen ist im Mittel 20 qm, 16 qm und 13 qm, für Kammern 6–7 qm. Die Kochküchen haben eine Mindestfläche von 8,5 qm, die Bäder einen Mindestrauminhalt von 12 cbm. Mit geringen Ausnahmen ist jeder Wohnung ein Bad beigegeben, das bei den kleinen Wohnungen mit dem Abort vereinigt ist. Die Stockwerkwohnungen haben nach Möglichkeit Wirtschaftslauben erhalten.

Die Stockwerkshöhen richten sich nach den Haustiefen. Haustiefen von 9,50–12 m entsprechen Stockwerkshöhen von 2,80–3,30 m.



Wohnhaus Oranienstraße. Arch. Prot. Adolf Rading

Die Beheizung geschieht in ortsüblicher und bewährter Weise durch Kachelöfen, jedoch wird jetzt auch zur Zentralheizung übergegangen.

Zum Bau von Gemeinschaftsanlagen konnte bisher nicht geschritten werden, da alle Arbeit und alle Mittel zusammengefaßt werden mußten, um Wohnraum zu schaffen, jedoch sind in den Siedlungsplänen Plätze für Gemeinschaftsgebäude, Volkshäuser, Kindergärten, Schulen (letztere teilweise im Bau) und Kirchen vorgesehen.

Wer baut, will dauerhafte Werte schaffen und ist vorsichtig gegenüber dem Neuen, Nichtausgeprobten. Die bei der Dürrgoyer Siedlung versuchsweise angewandten Sparbauweisen der ersten Nachkriegszeit haben sich mit wenigen Ausnahmen nicht bewährt. Der Ziegelbau, immer noch die verbreitetste Bauart, hat neben seinen Vorzügen Nachteile: die lange, für die Bewohner ungesunde Austrocknungszeit, der Zwang, der Wirtschaft wegen überstatisch zu bauen, und die lange Bauzeit. Er ist für das Industrialisierungstempo des Massenwohnungsbaus zu träge. Ob es gelingen wird, die von Alters her eingebürgerte Ziegelbauweise durch eine andere Bauart zu verdrängen, die die gleichen Vorzüge aufweist und die erwähnten Nachteile vermeidet, steht noch dahin. Die bisherigen Versuche in dieser Richtung, wie sie in Holland, England und auch in Deutschland angestellt worden sind, haben jedenfalls ein Ergebnis noch nicht gezeitigt, das hier in Schlesien, einem Lande billigen und guten Ziegelmateriale, schon jetzt zur Nachfolge ermutigen könnte.

Was in der kurzen Zeitspanne seit dem Abschluß des Krieges auf dem Gebiet des Wohnwesens unter der zielbewußten Leitung und Förderung der Stadtgemeinde geleistet worden ist, kann zutreffend nur gewürdigt werden, wenn man die traurigen Verhältnisse



Wohnhaus Kaiser-Wilhelm-Straße. Arch. B. D. A. Gaze u. Böttcher

der in der Vorkriegszeit üblichen Wohnungen zum Vergleich heranzieht. Erst damit wird der grundlegende Wechsel der Baugesinnung offenbar, der die Neuschöpfungen kennzeichnet. An Stelle lichtloser, in Hinterhäusern und Seitenflügeln, in hochgetürmten Stockwerken zusammengedrängter Behausungen sind, nicht mehr wie jene Erzeugnisse der Unternehmerzeit im Gewande eines die Unzulänglichkeit verhüllenden unechten Prunkes, sondern schmucklos und bescheiden die Not der Zeit spiegelnd, Wohnungen entstanden, besonnt und lichtdurchflossen, in Grün gebettet, den Geist der Bodenständigkeit und des Behagens atmend, nach dem sich unser Volk seit langem sehnt. Trotz schwerster wirtschaftlicher Not, trotz politischer Wirrnisse hat die Stadtgemeinde Breslau ihr Äußerstes aufgeboten, um das große wohnungspolitische Reformwerk in achtunggebietendem Umfange tatkräftig einzuleiten.

Erst in jüngster Zeit haben die städtischen Körperschaften zur Verstärkung des Wohnungsbauprogramms für 1926 nicht weniger als 6 000 000 Mk. bereit gestellt, mit denen die ungenügende Zahl der aus Hauszinssteuermitteln finanzierten Wohnungen um 1000 erhöht werden soll. Damit wird in diesem Jahre eine Produktion von annähernd 3000 Neubauwohnungen erreicht werden.

Aber gewaltige Aufgaben sind noch zu lösen.

Die eingangs angeführten Zahlen zeigen, wie weit man in Breslau von dem ersten Ziele, der Beseitigung auch nur des drückendsten Wohnungsmangels noch entfernt ist, ganz zu schweigen von der Aussiedlung der mehr als hunderttausend unzulänglich Behausten.

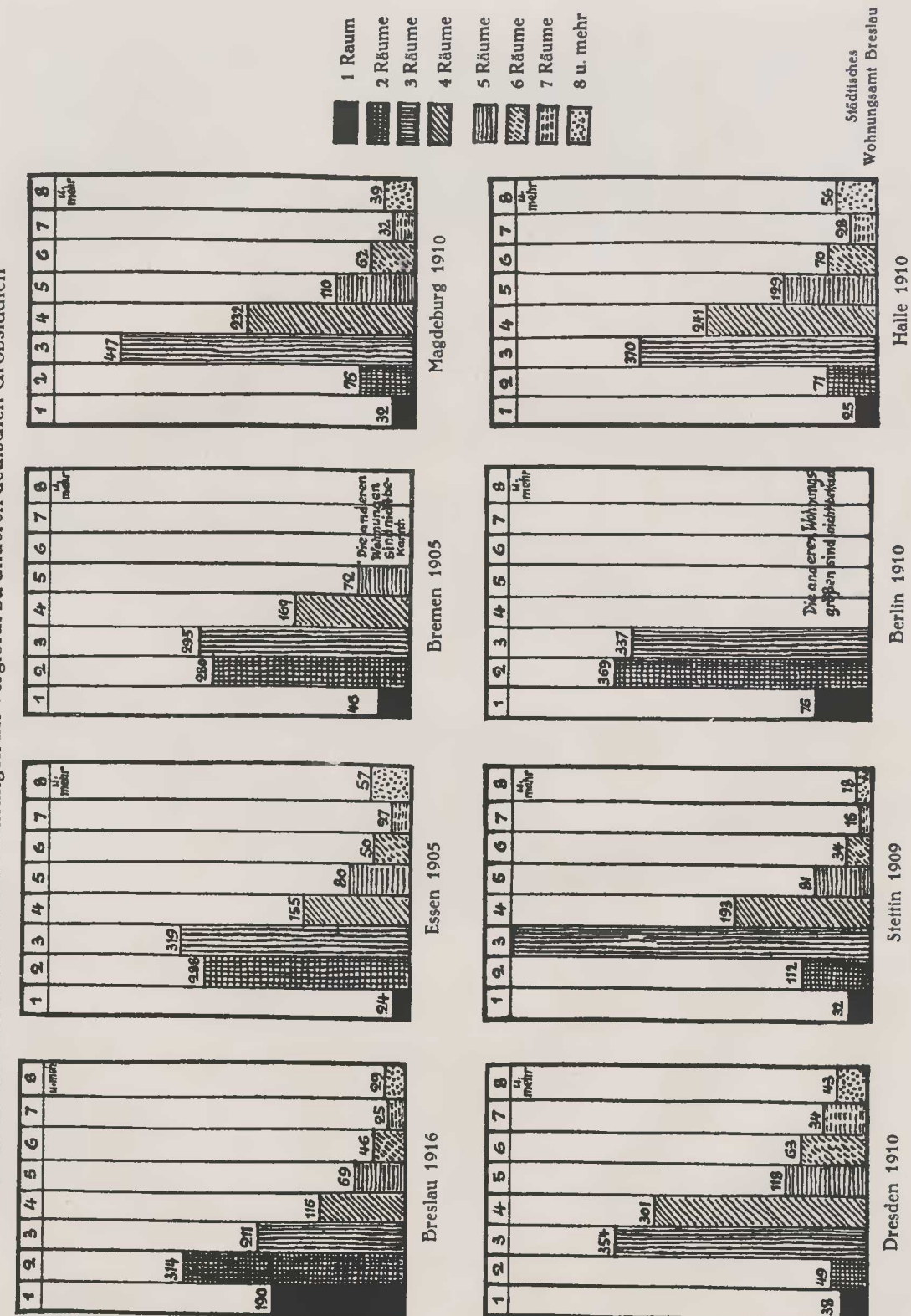


Beamtenhäuser des E.W. Schlesien in Tschednitz. Arch. B.D.A. Gebr. Ehrlich

Dazu ist vor allem nötig, daß die Wohnungspolitik eine für lange Zeit gesicherte finanzielle Grundlage erhält, wie dies beispielsweise in England und Holland längst geschehen ist. Die gesetzgeberischen Faktoren des Reichs sollten sich endlich darüber klar werden, daß die kurzfristige Festlegung der Hauszinssteuer, der noch für lange Zeit unentbehrlichen Geldquelle des Wohnungsbaus, und die von Jahr zu Jahr schwankenden Wohnungsbauprogramme jede zielsichere und planvolle Arbeit lähmen. Jedes Disponieren im großen wird damit zum Schaden der Wirtschaft unmöglich. Immer wieder droht bestes und tatkräftiges Wollen an der Unsicherheit der Zukunftsaussichten, an verspäteten Maßnahmen und verpaßten Gelegenheiten zu scheitern. Nur ein für lange Sicht aufgestelltes und durch Gesetz festgelegtes Programm kann den Wohnungsbau in die richtigen Bahnen lenken. Auf solcher Grundlage wird dann auch Breslau in der Lage sein, an seiner Gesundung so zu arbeiten, wie es die Verhältnisse seines weit mehr als in den westlichen Großstädten notleidenden Wohnwesens erfordern.

Die zweite unbedingt zu erhebende Forderung ist die, daß das Aufkommen der Stadt Breslau aus der Hauszinssteuer, soweit es für den Wohnungsbau bestimmt ist, ihr in vollem Umfange belassen wird und ihr darüber hinaus durch Zuweisung aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds verstärkte Mittel für die Bekämpfung der Wohnungsnot zufließen. Denn Breslau ist ohne Frage ein Gebiet besonders schweren Notstandes. Die Stadt ist nicht nur durch ihre Lage exponiert, sie ist auch durch Abtrennung ihrer Interessengebiete im Norden und Südosten der Provinz stark geschwächt. Endlich sollte nicht übersehen werden, daß es sich um das Lebens- und Kulturzentrum des deutschen Südostens handelt, dessen Kräftigung und Gesundung nicht nur eine lokale Angelegenheit, sondern mit eine Lebensfrage des ganzen Landes ist.

Breslau die Stadt der meisten Kleinwohnungen im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten





Wohnhäuser in Carlowitz. Arch. B.D.A. Erich Grau

Zum dritten und letzten muß die Stadt verlangen, daß sie durch Verwirklichung ihrer Eingemeindungspläne für ihre lebendige Entwicklung Raum gewinnt. Schon jetzt ist innerhalb der viel zu engen Stadtgrenzen geeignetes Land für Flachbausiedlungen nicht mehr vorhanden. Die Gefahr, daß die Stadt in ihrer Einschnürung erstickt, wird immer drohender.

Die Erfüllung dieser drei Forderungen liegt bei den gesetzgebenden Körperschaften des Reichs und Preußens. Sie mögen zusehen, daß die Voraussetzungen geschaffen werden für die Gesundung eines Gemeinwesens, von dessen Gedeihen das Wohl von mehr als einer halben Million Staatsbürger abhängt.

In allem Übrigen kann und wird sich die Stadt selbst helfen.

★

Empfehlenswerte Werke über Breslau

Burgemeister, Die Jesuitenkunst in Breslau. Dissert. Breslau 1901.

Burgemeister, L., Das altertümliche Breslau. Deutschlands Städtebau, Band Breslau, 1921. ✓

Burgemeister, L., Das Breslauer Rathaus. Breslau 1913.

Fuchs und Behrendt, Die Stadt Breslau und die Eingemeindung ihres Erweiterungsgebietes. Breslau 1925. ✓

Komm, ich zeige dir Breslau. Ein zuverlässiger Führer für Breslauer und Fremde. Breslau 1926.

Konwiarz, R., Alt-Schlesien. Stuttgart 1913.

Konwiarz, R., Neue Baukunst in Breslau. Wasmuths Monatshefte für Baukunst 1924.

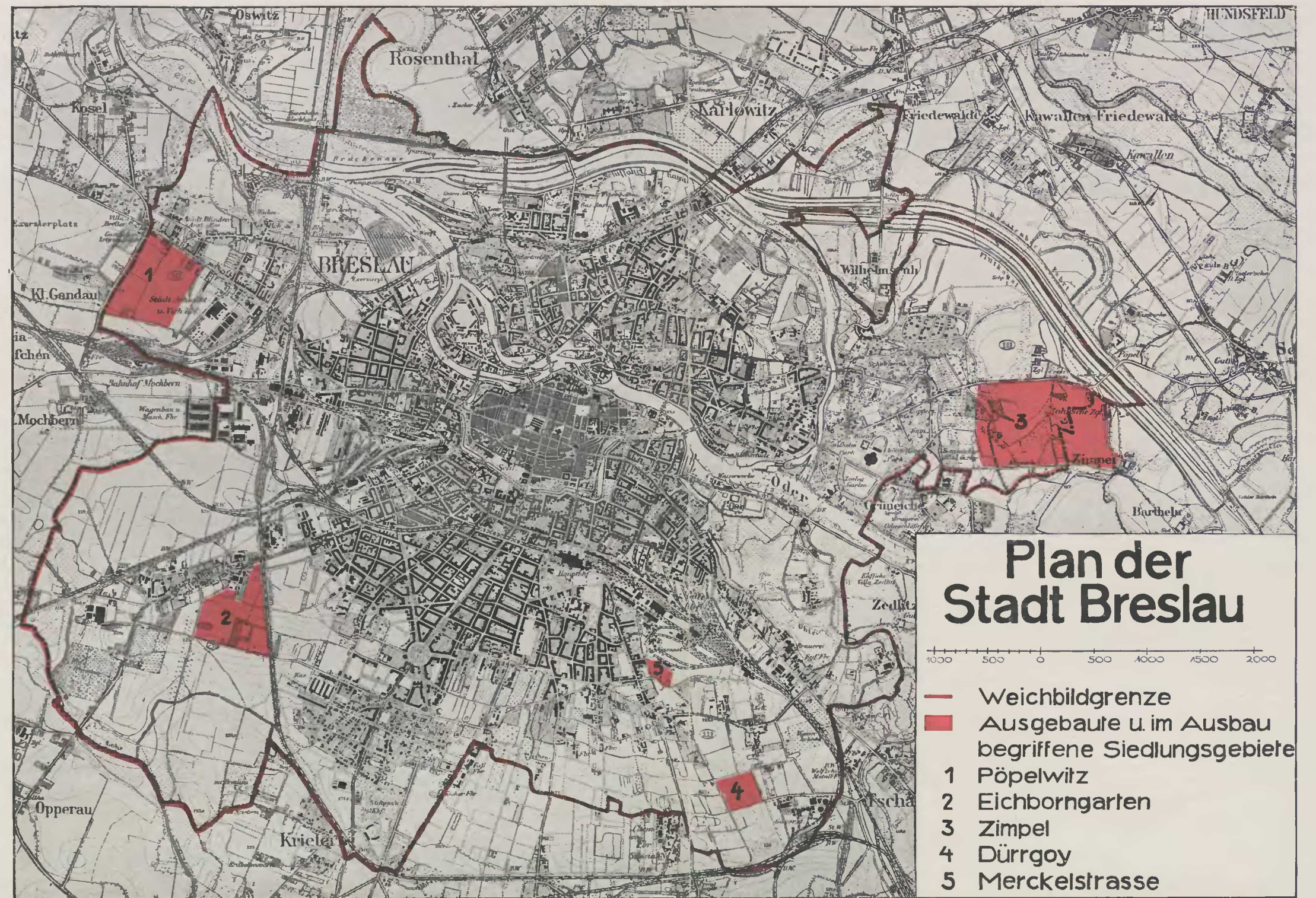
Landsberger, Berühmte Kunststätten. Breslau. Leipzig 1926.

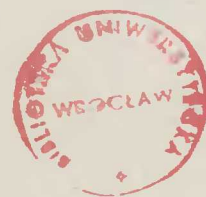
Patzak, B., Die Jesuitenbauten in Breslau und ihre Architekten. Straßburg 1918.

Schlesische Monatshefte, herausgegeben von Dr. Ernst Boehlich. 1925/26.

UMSCHLAGZEICHNUNG
ERICH MURCKEN, Breslau
DRUCK VON GRASS, BARTH
& COMP. W. FRIEDRICH, Breslau

UMSCHLAGZEICHNUNG
 ERICH MURCKEN, Breslau
 DRUCK VON GRASS, BARTH
 & COMP. W. FRIEDRICH, Breslau





KZ

Die Baufunst Breslaus

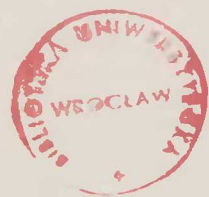


Ein architektonischer Führer

Herausgegeben von Richard Konwiarz. Geschichtliche
Einleitung von Bernhard Stephan. 160 Seiten Inhalt
mit 130 Bildern und Zeichnungen, Plan der Altstadt und
des zukünftigen Stadtgebietes. Preis broschiert 4.— Mk.,
in Ganzleinen gebunden 5.— Mk.

Verlag:

Grafz, Barth & Comp. (W. Friedrich) Breslau



Die Bauführung Breslaus



Ein architektonischer Führer

Herausgegeben von Richard Konwiarz. Geschichtliche
Einleitung von Bernhard Stephan. 160 Seiten Inhalt
mit 130 Bildern und Zeichnungen, Plan der Altstadt und
des zukünftigen Stadtgebietes. Preis broschiert 4.— Mk.,
in Ganzleinen gebunden 5.— Mk.

Verlag:

Grafz, Barth & Comp. (W. Friedrich) Breslau

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
LIBRARY
540 EAST 57TH STREET
CHICAGO, ILL. 60637
U.S.A.

Magistrat Breslau
Büro II.

Es wird ersucht, in der Antwort
die umstehende Nummer anzugeben.

II. II 3 A 18/26.

Breslau den 27. September 1928

Bücherpl. 14 — Fernspr. Amt 40271—74

Die Stadthauptkasse hat:

- a) Reichsbankgirokonto bei der
Hauptstelle in Breslau,
- b) Post Girokonto Nr. 11 bei
dem Amt in Breslau.

Ihr Hochwohlgeboren gestatten wir uns ganz er-
gebenst, das anlässlich der diesjährigen Tagung des Bundes
für Heimatschutz von uns herausgegebene Heft I - Breslau -
der Schrift „Siedlung u. Stadtplanung in Schlesien“ zu
überreichen.

Abteilung für Kleinwohnungsbau.

Dr. F u c h s .

Gab. 21. 1. 28

h

Wrocław, dnia 11
1890 r.

Gab. Sl.-Łuż.



